

BUNDESTAGSWAHL

Wohin steuert Deutschland?

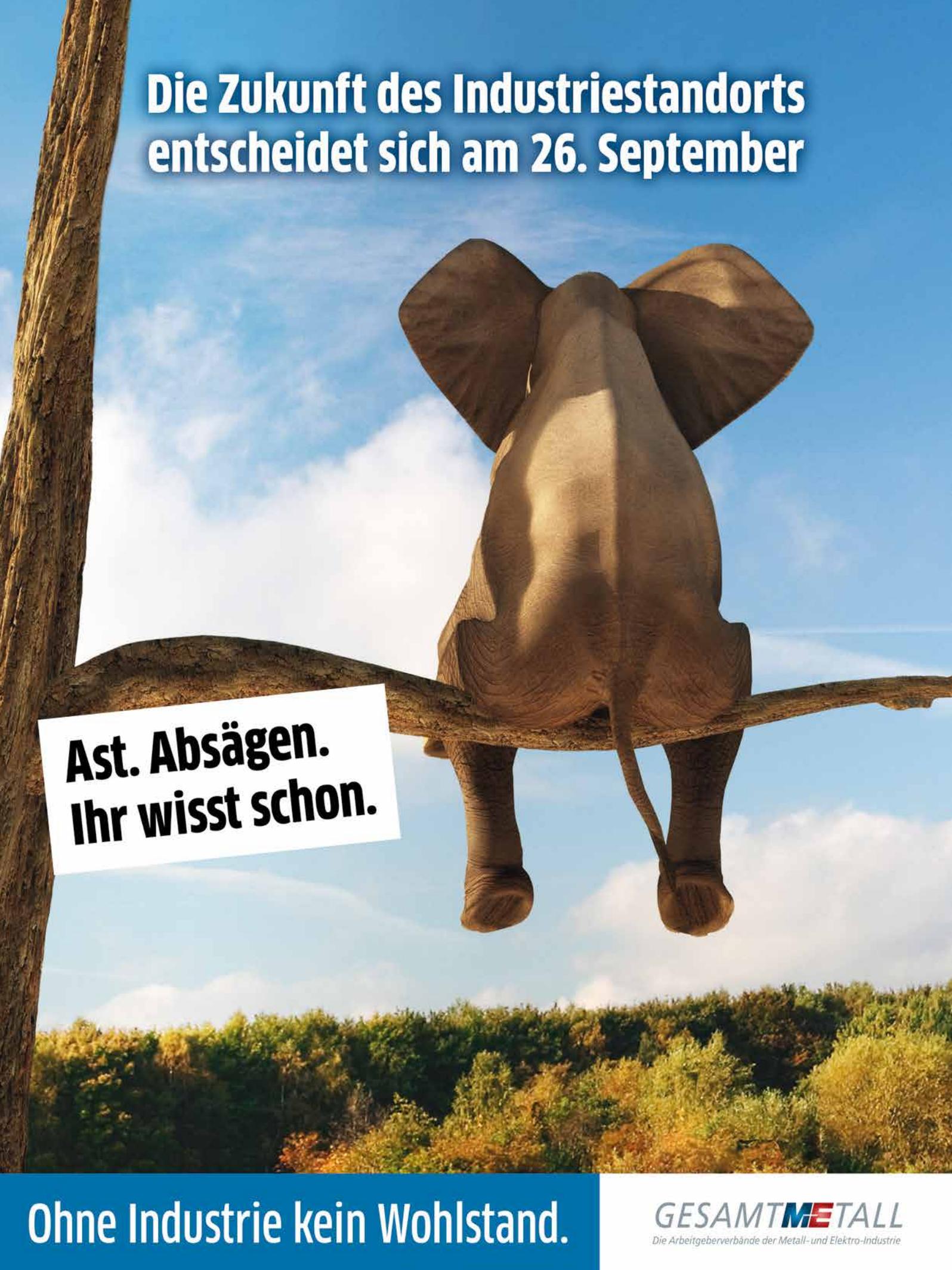


UNIONS-PROGRAMM
**Die 25 wichtigsten
Punkte für
Mittelständler**

INTERVIEW MIT MARKUS BLUME

**„Die Grundmelodie ist
Entlastung statt Belastung“**

Die Zukunft des Industriestandorts entscheidet sich am 26. September

An elephant is sitting on a thick, horizontal tree branch. The elephant is facing away from the camera, with its large ears spread out. The branch is part of a larger tree trunk on the left. The background is a clear blue sky with some light clouds. Below the tree, there is a dense forest of green and yellow trees, suggesting an autumn setting. A white rectangular sign is attached to the tree trunk on the left, partially overlapping the branch.

**Ast. Absägen.
Ihr wisst schon.**

Ohne Industrie kein Wohlstand.

GESAMT**METALL**
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Einfach mal machen lassen!

*Liebe Lesenden
und Les,*

kurz vor dem Start der heißen Wahlkampfphase habe ich mir ein paar Tage Auszeit gegönnt. Um den Kopf frei zu bekommen und neue Energie zu tanken. Auch die Frage, warum ich eigentlich in die Politik gegangen bin, und nach dem, was mich antreibt, ging mir durch den Kopf.

Die Antwort fand ich mit Blick auf den CDU-Parteitag 2003 in Leipzig. Zu der Zeit arbeitete ich am Lehrstuhl für Makroökonomie der TU in Chemnitz. Der Weg zum Parteitag war also nicht weit und so fuhr ich hin – um am Ende begeistert zurückzukehren. Damals war allen klar: So wie es ist, kann und darf es nicht weitergehen. Jeder wusste, dass der Anstieg der Arbeitslosenzahlen gestoppt werden muss. Dass es echte Reformen braucht, um das Blatt zu wenden.

Folgerichtig ging es in Leipzig um die Frage, mit welchen Reformen wir dieses Land fit für die Zukunft machen können. Die CDU beschloss damals ein Konzept für ein radikal vereinfachtes Steuersystem, das dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit folgt und das kleine und mittlere Einkommen entlastet. Ebenso mutig wurde der dringend nötige Umbau der trägen Gesundheits- und Sozialsysteme verabschiedet. Die CDU rückte endlich wieder das Prinzip der Eigenverantwortung in den Mittelpunkt.

Doch am Ende blieb von unserem Reformeifer nicht viel übrig. So manche Reform ging in die falsche Rich-

tung, wie beispielsweise die Rente mit 63. Wieder andere Reformvorhaben gingen im ständigen Krisenmodus regelrecht unter: angefangen bei der Weltfinanzkrise, über die Eurokrise, die Flüchtlingskrise, die Klimakrise und seit rund anderthalb Jahren die Corona-Krise.

Heute sind wir in Bezug auf die Pandemie hoffentlich aus dem Größten raus. Und wenn es etwas Gutes an dieser Krise gibt, dann ist es ein Moment, den es seit fast 20 Jahren nicht mehr gab: Nämlich die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen kann. Dass unsere staatlichen Strukturen völlig veraltet, verkrustet und starr sind, und dass wir eine Staatsreform brauchen. Keine Klein-Klein-Reform, sondern eine, der ich gerne den Titel geben würde: Einfach mal machen lassen! Wer eine Idee hat, sollte einfach mal loslaufen dürfen, ohne dass die ganzen Bedenkenträger und Bremsen kommen und sagen: „Geht nicht, weil.“

Alles, was dieses Land lähmt, gehört auf den Prüfstand. Die bürokratische EEG-Umlage muss abgeschafft und das veraltete Arbeitszeitgesetz flexibilisiert werden. Vorfahrt muss alles haben, was unser Land entfesselt und wirtschaftliches Wachstum anreizt: zum Beispiel eine bürokratiearme Gründerschutzzone, eine entlastende Einkommensteuerreform, die endgültige Beerdigung des Solidaritätszuschlages für alle und eine mutige Unternehmenssteuerreform für einen



wettbewerbsfähigen Mittelstand. Wir müssen zeigen, wie Klimaschutz richtig geht: nämlich ohne Verbote und Dirigismus, sondern mit Marktwirtschaft und Technologieoffenheit. Die Union muss außerdem wieder zur Schutzmacht unseres Rechtsstaates werden. Extremismus gehört auf allen Seiten der Kampf angesagt und Migration nach klaren Regeln geordnet.

All diese Punkte greift das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU auf (siehe auch S. 10). Jetzt ist der Moment gekommen, in dem sich das Zeitfenster für Reformen öffnet. Wenn wir jetzt nichts entfesseln, nirgendwohin aufbrechen, dann übernimmt China das Zepter, während wir in Deutschland noch darüber streiten, ob das Binnen-I oder das Gendersternenchen genderneutraler ist.

Lassen wir uns deshalb jetzt gemeinsam dafür kämpfen, dass wir eine Koalition des Aufbruchs und der Erneuerung bekommen.

Auf geht's!

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

picture alliance / Flashpic | Jens Krick

Druckauflage:

26 000 Exemplare

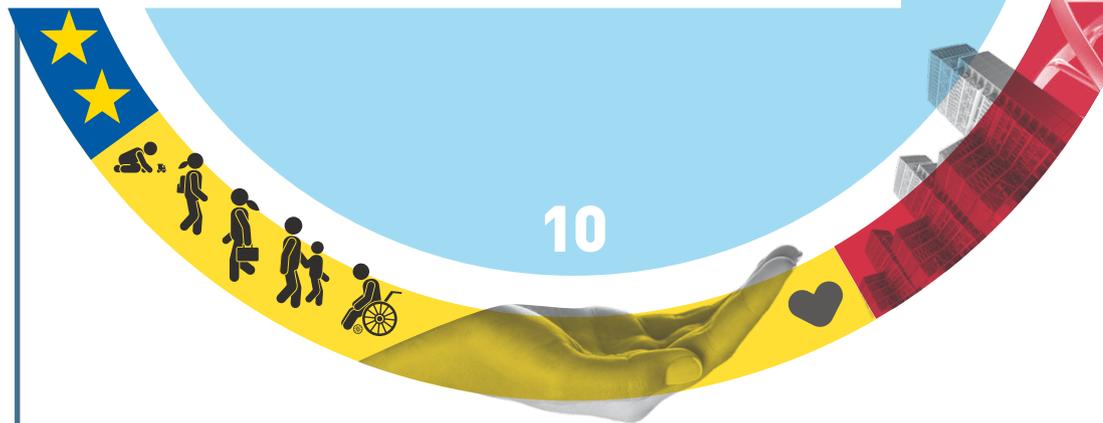
Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die 25 wichtigsten Ziele aus Mittelstandssicht



MIT:EDITORIAL

Einfach mal machen lassen!

3

von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE

Macht die FDP Baerbock zur Kanzlerin?

8

von Hugo Müller-Vogg
Wer die FDP wählt, könnte unter Umständen eine von den Grünen geführte Regierung herbeiführen, meint unser Kolumnist.

MIT:TITEL

Regierungsprogramm von CDU/CSU

Die 25 wichtigsten Ziele aus Mittelstandssicht

10

Die Union will nach der Pandemie mit einem „Modernisierungsjahrzehnt“ durchstarten. Die wichtigsten Punkte im Überblick.

Fünf MIT-Kandidaten im Porträt

Was treibt Unternehmer in den Bundestag?

15

Zur Bundestagswahl treten viele selbstständige MIT-Mitglieder an. Was spornt sie an?

Luftfahrt und Klimawandel

Der Traum vom grünen Fliegen

24

Die Luftfahrt muss klimafreundlicher werden. Zwei Experten erklären, wie die Branche wieder abhebt und dabei dennoch CO₂ sparen kann.

24





15

MIT:INTERVIEW

Markus Blume im Interview

„Die Grundmelodie ist Entlastung statt Belastung“

18

Der CSU-Generalsekretär über mögliche Entlastungen nach der Bundestagswahl, die eigenen Pläne der CSU und Koalitionsoptionen.

MIT:ERKLÄRT

Bundestagswahl

So funktioniert das deutsche Wahlsystem

28

Was sind die Grundzüge unseres Wahlsystems? Warum ist der Bundestag so groß – und wann wird er endlich kleiner?

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollten Regierungsämter vermehrt durch externe Experten besetzt werden?

30

Friedrich Merz und Michael Grosse-Brömer diskutieren.

18



MIT:FAKTEN

6, 9

Die Bevölkerung verschätzt sich bei vielen Themen, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert sich, aber die Unions-Steuerpläne würden den Standort voranbringen.

MIT:INSIDE

EU-Check

32

Neumitglieder

34

Mitgliederstatistik

35





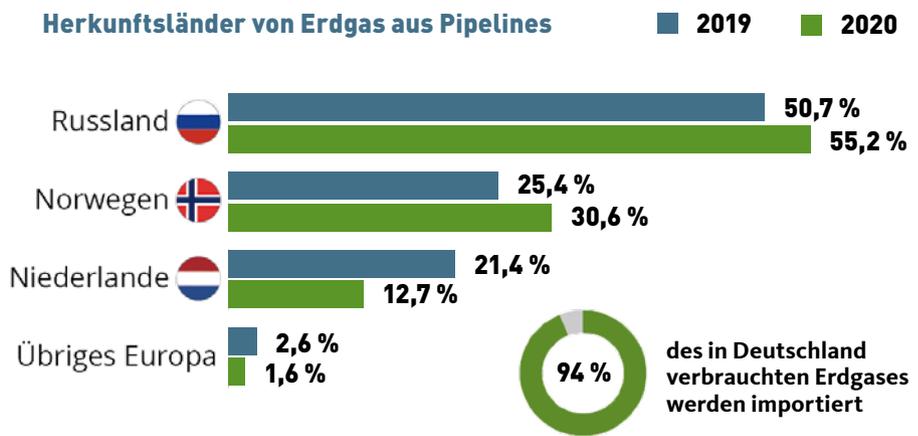
Weniger Klima-Investitionen durch höhere Steuern

71 Prozent der Familienunternehmer würden im Falle der von Grünen, SPD und Linken angekündigten Steuererhöhungen ihre Investitionstätigkeit stark einschränken. Laut einer Befragung der Wirtschaftsverbände Die Familienunternehmer und Die Jungen Unternehmer unter 1.369 Mitgliedern ginge das vor allem zulasten der Umwelt: Diejenigen, die ihre Investitionen zurückfahren, würden dies durchschnittlich um 34 Prozent im Bereich Energieeffizienz

und Klimaschutz tun. 28 Prozent weniger Investitionen würden in die Erneuerung und in den Ausbau von Produktions- und Sachanlagen fließen. 27 Prozent der Investitionen würden beim Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zurückgefahren werden. Die Verbände gehen davon aus, dass die Unternehmensgewinne im Falle einer Vermögenssteuer und einer Reform der Einkommensbesteuerung um 20 bis 40 Prozent belastet werden.

Deutschland muss 94 Prozent seines verbrauchten Erdgases importieren. Der Rohstoff kommt fast ausschließlich über Pipelines. Durch die derzeit im Bau befindliche Pipeline Nord Stream 2 sollen bald 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr von Russland nach Deutschland gepumpt werden. Schon jetzt kommt mehr als die Hälfte des hierzulande verbrauchten Erdgases aus Russland. Weitere wichtige Lieferanten sind Norwegen und die Niederlande.

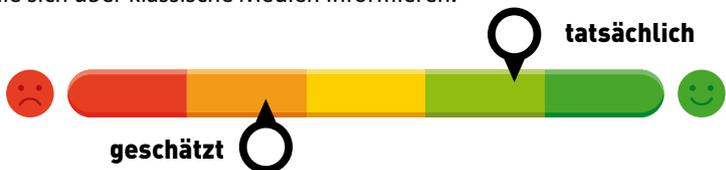
Herkunftsländer von Erdgas aus Pipelines



Quellen: AGEB, BP statista

Bevölkerung überschätzt sich oft

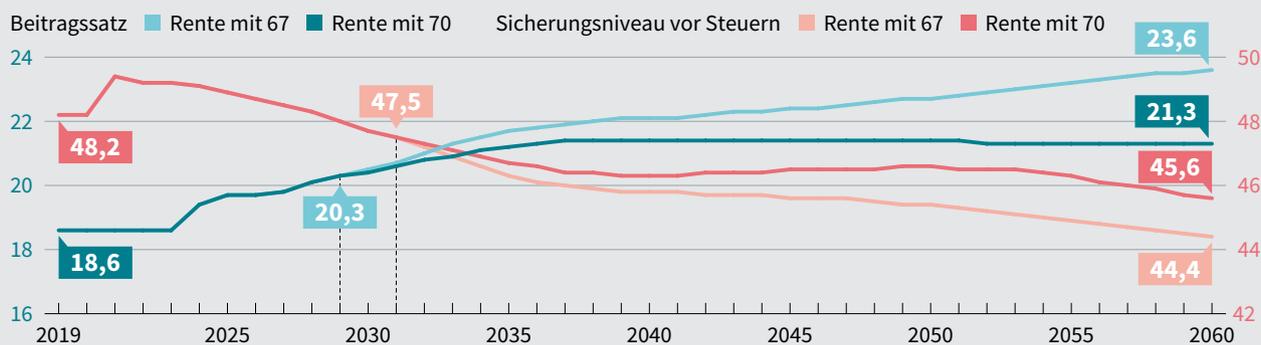
Die Deutschen neigen bei vielen wirtschaftspolitischen Themen zu pessimistischen Fehleinschätzungen. So glauben die Bundesbürger (Medianwert), dass jeder zweite Rentner von Armut bedroht ist. Tatsächlich sind es laut Statistik aber nur 17 Prozent der Rentner. Auch beim Anteil der insgesamt von Armut Bedrohten überschätzen sich viele: Statt geschätzter 30 Prozent sind es in Wirklichkeit 16 Prozent. Die Arbeitslosenquote wurde im Median auf 15 Prozent geschätzt (tatsächlich sechs Prozent). Die Befragung führte die Ruhr-Universität Bochum unter mehr als 1000 Personen bundesweit durch. Ein weiteres Ergebnis: Wer sich eher über soziale Medien informiert, lag deutlich häufiger daneben als jene, die sich über klassische Medien informieren.



Längere Lebensarbeitszeiten lassen sich kaum vermeiden

Rente mit 70 – oder steigende Beitragssätze ab 2031

Beitragssatz und Sicherungsniveau in Prozent



Sicherungsniveau: Rentenhöhe eines Standardrentners, der 45 Jahre lang einen Durchschnittsverdienst erhielt, in Relation zum Arbeitsentgelt, das ein Beschäftigter im jeweiligen Jahr durchschnittlich verdient

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

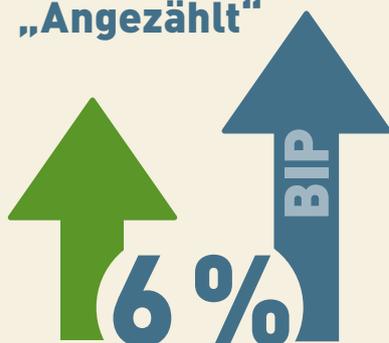
Selbst eine Rente mit 68 würde nicht ausreichen, um den Anstieg des Beitragssatzes zu bremsen und das Sicherungsniveau zu stabilisieren. Dazu wäre längerfristig die Rente mit 70 nötig, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt. Der Altersquotient würde selbst unter moderaten Annahmen in den kommenden Jahrzehnten drastisch steigen. Kamen im Jahr 2018 auf 1000 Bundesbürger (20 bis 67 Jahre) noch 305 über 67-Jährige, werden es 2040 schon 467 Senioren sein – und ab 2060 mehr als 500. Ohne eine Anhebung des Ren-

teneintrittsalters würden also jüngere Bundesbürger bei weiter steigender Lebenserwartung einen Anspruch auf eine immer längere Rentenbezugsdauer erwerben.

Nach Berechnungen des IW könnte der Beitragssatz ab 2031, wenn die Rente mit 67 voll greift, auf 22,1 Prozent im Jahr 2040 ansteigen. Das wäre fast ein Fünftel mehr als heute. Gleichzeitig sänke das Sicherungsniveau vor Steuern von heute 48,2 auf 45,8 Prozent. Bis 2060 stiege der dann Beitragssatz auf 23,6 Prozent und das Sicherungsniveau sänke auf 44,4 Prozent.

Bei einer Rente mit 70 dagegen würde der Beitragssatz von 20,6 Prozent im Jahr 2031 auf 21,4 Prozent im Jahr 2040 steigen und bliebe dann bis 2060 stabil. Mit 21,3 Prozent läge der Beitragssatz 2060 um 2,3 Prozentpunkte niedriger als im Rente-mit-67-Szenario. Auch das Sicherungsniveau läge mit 45,6 Prozent um 1,2 Punkte höher. Damit könnten die – derzeit bis 2030 definierten – Haltelinien von maximal 22 Prozent Beitragssatz und mindestens 43 Prozent Sicherungsniveau nachhaltig eingehalten werden.

„Angezählt“



Wenn die Deutschen so viel arbeiten würden wie die Schweizer, könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach zehn Jahren um 6 Prozent steigen. Allein durch eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 34 auf 36 Stunden stiege das BIP nach zehn Jahren um 3,4 Prozent. Würde auch die Zahl der Arbeitswochen von 43 auf das Schweizer Niveau (44,5) erhöht, würde das BIP nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft nach zehn Jahren um 6 Prozent steigen. Davon würden auch Wachstum und Schuldenabbau profitieren.

Macht die FDP Baerbock zur Kanzlerin?

Von Hugo Müller-Vogg

Es wird nicht geampelt und nicht gehampelt.“ Diese Aussage des FDP-Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher kurz vor der Bundestagswahl 2005 enthielt eine doppelte Botschaft: eine Beruhigung für bürgerliche Wähler sowie eine Ermahnung an diejenigen in der eigenen Partei, die mit einer Ampelkoalition liebäugelten. Die FDP hat damals Wort gehalten. Guido Westerwelle widerstand allen Verlockungen, die abgewählte rot-grüne Koalition mit Hilfe der FDP an der Macht zu halten, und ging in die Opposition.

Ein so klares Wort war von Christian Lindner bisher nicht zu vernehmen. Der FDP-Vorsitzende kritisiert zwar die Vorstellungen von Grünen und FDP und äußert sich nicht gerade enthusiastisch über eine Kanzlerin Annalena Baerbock. Aber koalitionspolitisch hat sich die FDP nicht festgelegt und damit nichts ausgeschlossen – weder eine Jamaika-Koalition mit CDU/CSU und Grünen noch eine Ampel unter grüner oder sozialdemokratischer Führung.

Von einem kann man ausgehen: Lindner will die FDP in die Regierung führen. Ein Zurückschrecken vor der Verantwortung wie 2017 kann sich die Partei nicht noch einmal leisten – und ihr Vorsitzender erst recht nicht. Lindner will Schwarz-Grün verhindern und strebt stattdessen Jamaika an. Dabei empfiehlt er sich den Wählern der Mitte als Korrektiv gegenüber den latent wirtschaftsfeindlichen Grünen wie gegenüber der ordnungspolitisch



Dr. Hugo Müller-Vogg (74) ist Publizist und Buchautor. Der Diplom-Volkswirt und Politikwissenschaftler war von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

nicht mehr zuverlässigen Union. Wem Baerbock zu links und Laschet zu „merkelisch“ ist, soll eben die FDP zum Aufpasser machen.

Das klingt plausibel. Was aber, wenn neben Jamaika rechnerisch auch eine Ampel möglich sein sollte? Umfragen zufolge ist dies nicht auszuschließen. Falls die Grünen zweitstärkste Kraft würden, hätten sie die Wahl zwischen Schwarz-Grün plus FDP und Grün-Rot plus FDP.

Es spricht einiges dafür, dass Baerbock & Co. lieber die FDP gemeinsam mit der SPD in einem solchen Bündnis in die Zange nehmen würden, als sich in einem Jamaika-Bündnis gegen Schwarz-Gelb behaupten zu müssen. In einer „grünen Ampel“ könnten die Grünen ins Kanzleramt einziehen und

die SPD dürfte weiterregieren – und zwar endlich ohne CDU und CSU. Das wären beiden Parteien sicherlich einige Zugeständnisse an die Freien Demokraten wert.

Nun ist keineswegs ausgemacht, dass die Grünen stärker werden als die SPD. Auch die SPD würde vieles versuchen, um die FDP ins Boot und Olaf Scholz ins Kanzleramt zu bekommen. Für nicht wenige Sozialliberalen in der FDP wäre dies durchaus eine interessante Perspektive. FDP-Generalsekretär Volker Wissing hat bekanntlich schon vor einem Jahr die Parole ausgegeben, eine Regierung ohne CDU wäre „ein Signal des Aufbruchs“.

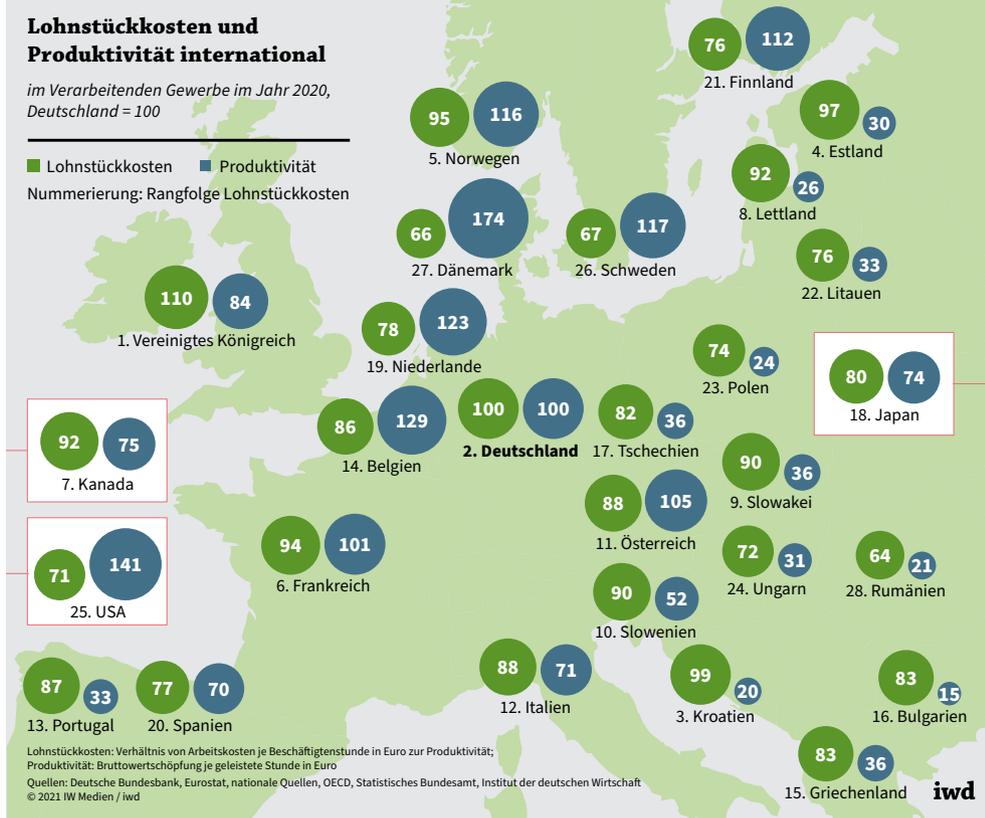
Lindner und die FDP wollen beides: Die Stimmen von Wählern, die weder eine grüne Kanzlerin noch einen sozialdemokratischen Regierungschef wollen. Und sich zugleich die Option offenhalten, mit Annalena Baerbock ebenso zu regieren wie mit Olaf Scholz. Für bürgerliche Wähler könnte das bedeuten: Sie bekommen genau das, was sie mit ihrem Kreuz bei der FDP zu verhindern suchten.

Im neuen Bundestag dürfte es nach den Wahlen mehrere Koalitionsoptionen geben. Gut möglich, dass letztlich die Liberalen entscheiden, wer Kanzler wird. Falls sie diese Form von „Hampelei und Ampelei“ nicht ausschließen, gilt: Nichts ist unmöglich – nicht einmal eine Kanzlerin Baerbock von Gnaden der FDP. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert sich

Das verarbeitende Gewerbe in Deutschland hatte 2020 im Vergleich von 28 wichtigen Industrieländern die zweithöchsten Lohnstückkosten. Nur in Großbritannien waren die Arbeitskosten höher. Vor allem die Konkurrenz außerhalb Europas fertigt günstiger: Japan etwa konkurriert mit Lohnstückkosten, die ein Fünftel niedriger sind als die deutschen. In den USA produziert die Industrie mehr als ein Viertel günstiger. Damit hat sich die deutsche Position weiter verschlechtert. Im Durchschnitt liegen die ausländischen Lohnstückkosten 18 Prozent unter dem deutschen Niveau. Das sind rund fünf Prozentpunkte mehr als 2017. Auch bei der Arbeitsproduktivität schneidet Deutschland nur noch leicht überdurchschnittlich ab: Sie liegt zwei Prozent höher als der Durchschnitt der ausländischen Konkurrenz. In den vergangenen zwei Jahren sank die Industrie-Produktivität hierzulande jeweils um rund vier Prozent, während sie im Ausland 2019 leicht anstieg und 2020 stabil blieb.



Bundeswahl- leiter

Der Bundeswahlleiter ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Bundestags- und der Europawahl in Deutschland zuständig. Traditionell übernimmt der Präsident des Statistischen Bundesamtes diese Aufgabe. Er ist nicht an Weisungen gebunden und sitzt dem Bundeswahlausschuss vor. Dieser setzt sich aus acht von den Bundestags-Parteien vorgeschlagenen Mitgliedern sowie zwei Richtern des Bundesverwaltungsgerichts zusammen. Das Gremium prüft vor allem die Einhaltung von Fristen und Formalien, prüft Beschwerden und gibt das endgültige Wahlergebnis bekannt. Zudem entscheidet es, rein formell, welche Parteien und Wählergruppen bei der Wahl antreten dürfen. Zur anstehenden Bundestagswahl gingen 88 Anträge ein - 53 wurden zur Wahl zugelassen. Nach einer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht wurde nachträglich auch die Deutsche Kommunistische Partei zugelassen.

Steuerpläne von CDU/CSU bringen Standort voran

Die Steuerpläne der Unionsparteien verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Werden dagegen die Vorhaben aus den Wahlprogrammen von SPD, Grünen, Linkspartei und AfD umgesetzt, bleibt Deutschland weiterhin einer der Standorte mit den höchsten Steuerbelastungen für Unternehmen. Das geht aus einer Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hervor. Demzufolge liegt Deutschland unter den 27 EU-Staaten, Großbritannien, der Schweiz, den USA, Kanada und Japan gegenwärtig mit der Steuerbelastung für Unternehmen auf dem viertletzten Platz. Bei SPD und Linke würde sich die Positionierung verschlechtern. Die Steuerpläne von Union und FDP würden Deutschland ins Mittelfeld katapultieren: Die effektive Steuerbelastung auf Unternehmensebene würde von heute 28,9 Prozent auf 22,5 Prozent sinken.





REGIERUNGSPROGRAMM VON CDU/CSU

Die 25 wichtigsten Ziele aus Mittelstandssicht



CDU und CSU wollen dafür sorgen, dass Deutschland nach der Pandemie mit einem „Modernisierungsjahrzehnt“ durchstarten kann: mit Wachstum und wirtschaftlicher Dynamik, mit Entfesselung und Entlastung und mit innovativem Klimaschutz. Die wichtigsten Punkte im Überblick.



Steuern und Abgaben

Ein zentrales Wahlvorhaben der Union ist es, ein „umfangreiches Entfesselungspaket“ für die Wirtschaft auf den Weg zu bringen, das Unternehmen von Steuern und Abgaben befreit. „Ganz gleich, ob Selbstständige und kleine, mittlere oder große Unternehmen: In unserem Modernisierungsjahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sie sich mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und neue Ideen umsetzen können“ heißt es im Regierungsprogramm. Dazu ist unter anderem vorgesehen:

1

Arbeit darf nicht teurer werden: Die Sozialabgaben sollen auf maximal 40 Prozent gedeckelt werden.

2

Keine zusätzlichen Steuerbelastungen für Bürger und Unternehmen: Die Union lehnt die Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer entschieden ab.

3

Steuervereinfachung und Steuersenkung für Unternehmen: Die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, soll auf 25 Prozent gedeckelt werden. Bei der Besteuerung soll Rechtsformneutralität hergestellt werden, gleich ob Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft. Die Thesaurierungsbegünstigung und die Anrechnung der Gewerbesteuer soll verbessert und die Niedrigbesteuerungsgrenze im Außensteuerrecht reduziert werden. Ebenso sollen die steuerliche Verlustverrechnung beim Verlustrücktrag und -vortrag und die Abschreibungsregeln verbessert werden. Dazu soll die degressive Abschreibung wiedereingeführt werden.

4

Die Union will den Solidaritätszuschlag „für alle schrittweise“ abschaffen.

5

Arbeitnehmer sollen bei der Einkommensteuer entlastet werden, vor allem bei niedrigen und mittleren Einkommen (sogenannter Mittelstandsbauch).

6

Solide Finanzen: Die Union bekennt sich zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse: „Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab.“ Ziel ist zudem die schnellstmögliche Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten ohne Schulden und die Reduzierung der gesamtstaatlichen Schuldenquote auf unter 60 Prozent.



Soziale Sicherung

Für die Union gilt auch bei der Rente: Leistung muss sich lohnen. Wer ein Leben lang gearbeitet oder Kinder erzogen hat, soll mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat. Angepeilt wird neben einer verlässlichen

Rente ein „Neustart bei der privaten Vorsorge, damit sie sich mehr lohnt“.

7

In der Altersvorsorge bekennt sich die Union zum Drei-Säulen-Modell aus gesetzlicher Rentenversicherung, privater und betrieblicher Altersvorsorge.

8

In der privaten Säule soll die bisherige Riester-Rente zu einer deutlich attraktiveren Zulagenrente ausgebaut werden: Die Anlage soll künftig auch ohne Leistungsgarantie in renditestärkeren Aktienfonds oder Immobilien erfolgen. Zudem sollen die Zulagen nicht mehr umständlich beantragt werden müssen, sondern automatisch mithilfe der in Finanzämtern vorliegenden Daten ausgezahlt werden.

9

Das Instrument der betrieblichen Pflegezusatzversicherungen soll gestärkt und stärker staatlich gefördert werden, damit möglichst viele Menschen davon profitieren können.

10

Die Union bekennt sich zum Dualen System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin werden ausdrücklich abgelehnt.



Bürokratieabbau

Der Abbau überflüssiger Bürokratie wirkt wie ein Konjunkturprogramm und stärkt den Standort Deutschland. Unternehmen sollen deshalb in Milliardenhöhe von Bürokratiekosten entlastet werden.

11

Konkret soll unter anderem eine wirksame Gründerschutzzone im ersten Gründungsjahr die Unternehmen von Bürokratie möglichst ganz freistellen und im zweiten Jahr die Bürokratie auf ein Mindestmaß reduzieren – vor allem hinsichtlich steuer- und arbeitsrechtlicher Regeln. In Reallaboren und Experimentierräumen sollen Technologien und Innovationen ungestört von bürokratischen Auflagen ausprobiert werden können.

12

Geplant ist zudem, die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen zu erhöhen, die Ist-Versteuerung auszuweiten und die Informations- und Statistikpflichten zu begrenzen. Bei den Ausfuhrkontrollen soll eine feste Bearbeitungsfrist von 30 Tagen eingeführt werden. Im Arbeits- und Sozialrecht sollen die Betriebsgrößen-Schwellenwerte vereinfacht werden. Zudem sollen bürokratische Hürden bei Betriebsübergaben deutlich reduziert werden.

13

Die bereits eingeführte Bürokratiebremse hat sich bewährt. Danach müssen neue Bürokratiekosten, die sich auf die Wirtschaft auswirken, an anderer Stelle wieder eingespart werden (One in, one out). Dieses Prinzip soll zu einer „One in, two out“-Regel ausgeweitet werden.



Planungsverfahren

Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich oft über Jahre hin. Sie behindern neue Investitionen in Betrieben und Infrastrukturen. Die Union hat diese Verfahren bereits beschleunigt und will diesen Kurs verstärken.

14

Sämtliche Akten und Urkunden in Planungsprozessen sollen digital verwaltet werden. Der Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren soll verkürzt und das Verbandsklagerecht gestrafft und zeitlich gebündelt werden.

15

Änderungen bei Gesetzen und Standards nach einem bestimmten Stichtag sollen in Planungen nicht mehr berücksichtigt werden müssen. Zugleich will sich die Union im Rahmen der Aarhus-Konvention für schnellere Verfahren einsetzen und ihre Initiative zur Entschlackung des EU-Planungs- und Umweltrechts weiter vorantreiben.



Arbeitsbedingungen

Die Union hält am Ziel der Vollbeschäftigung fest und steht für Fairness statt Umverteilung. Sozialistischen Ideen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen wird eine klare Absage erteilt. Für die Union gilt weiterhin: Wer arbeitet, soll mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet.

16

Zur Sicherung der Vielfalt des Arbeitsmarktes sollen Werk- und Dienstverträge sowie die Zeitarbeit grundsätzlich erhalten bleiben. Ebenso soll die sachgrundlose Befristung als erfolgreicher Weg in den Arbeitsmarkt erhalten bleiben.

17

Minijobs bedeuten Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vieler mittelständischer Betriebe. Deshalb soll die Minijob-Grenze von 450 auf 550 Euro angehoben werden. Millionen Minijobber könnten dann mehr hinzuverdienen.

Anzeige

gründen MIT DER IBB

Für Ideen, die rund laufen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung für Ihre Geschäftsidee? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihrer Unternehmensgründung zum nachhaltigen Erfolg zu verhelfen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/gruenden

 Investitionsbank
Berlin



- 18** Arbeitszeit flexibler gestalten: Anstelle der täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Das schafft weitere Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.



Klima und Energie

Die Union setzt in der Klimapolitik auf marktwirtschaftliche Instrumente, auf Anreize statt auf Verbote, auf Technologieoffenheit und Innovationen. Denn Klimaschutz geht nur mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten und nicht gegen sie.

- 19** Der bestehende europäischen Emissionshandel soll auf den Verkehr- und Wärmesektor ausgeweitet werden. Mit mehr Ehrgeiz soll dieses marktwirtschaftliche Instrument in allen Bereichen sicherstellen, dass sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet. Zugleich wird auf den klimaschonenden Energieträger Wasserstoff gesetzt, unter anderem mit einem schnelleren Ausbau des Gasnetzes für die Einspeisung von Wasserstoff.

- 20** Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen in vollem Umfang an die Bürger und die Betriebe durch eine Verbilligung des Stroms zurückgegeben werden. Als erstes würde die EEG-Umlage abgeschafft.

- 21** Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz sollen steuerlich abgesetzt werden können.

- 22** Bürger sollen beim Speicherstrom von Steuern, Umlagen und Entgelten befreit werden.

- 23** Die Steuerförderung der Gebäudesanierung soll auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausgedehnt werden.

- 24** Ein Dieselfahrverbot wird ebenso abgelehnt wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Stattdessen setzt die Union auf eine innovative, moderne Verkehrssteuerung.

- 25** Zur weiteren Beschleunigung der Ladeinfrastruktur soll diese in alle gewerblichen und öffentlichen Neubauimmobilien integriert und auch in Parkhäusern verbessert werden.

Fazit

Das Regierungsprogramm der Union beinhaltet einige Entlastungs- und Entfesselungsversprechen für die breite Mitte der Gesellschaft. Vor allem im steuer- und finanzpolitischen Teil wurden alle wesentlichen Vorschläge des MIT-Steuerkonzepts übernommen. Aber auch bei Arbeitsmarkt, Altersversorgung, Pflege, Energie und Klima sowie vor allem beim Bürokratieabbau sind viele Ideen der MIT eingeflossen. So viel MIT war wohl lange nicht mehr in einem Wahlprogramm enthalten. Der Startschuss für ein Modernisierungsjahrzehnt ist damit gesetzt.

Deutschland braucht einen kraftvollen Neustart nach der Krise. Die Union tut gut daran, wie im Programm angekündigt „noch stärker auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ zu setzen. Entscheidend wird sein, die Vorhaben nach der Bundestagswahl mit dem richtigen Partner umzusetzen. Denn zur Wahrheit gehört, dass die dringend nötigen Entlastungen angesichts der hohen Staatsverschuldung nur dann umgesetzt werden können, wenn die Politik konsequent auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation setzt.

FÜNF MIT-KANDIDATEN IM PORTRÄT

Was treibt Unternehmer in den Bundestag?



Oft wird beklagt, dass Unternehmer die Politik meiden. Zur Bundestagswahl treten jedoch Hunderte MIT-Mitglieder als Kandidaten in den Wahlkreisen und Landeslisten an. Das Mittelstandsmagazin hat fünf Unternehmer, die alle-erstmal für den Bundestag kandidieren, gefragt: Was spornt sie an?

203 Beamte und öffentlich Bedienstete zählt der Deutsche Bundestag unter den derzeit 709 Abgeordneten. Doch immerhin 215 Parlamentarier geben als Beruf selbstständige Tätigkeiten an: davon 90 in der Wirtschaft, darunter Handwerk, Industrie, Medien oder Landwirtschaft, und 115 Freiberufler, darunter vor allem Juristen und Steuerberater (98). Damit hat sich die Zahl der Selbstständigen im Bundestag im Vergleich zur vorangegangenen Wahlperiode (2013-2017) mehr als verdoppelt. Die meisten Selbstständigen gehören der Unionsfraktion an.

Auch zur kommenden Bundestagswahl kandidieren wieder viele Unternehmer für ein Abgeordnetenmandat. Eine von ihnen ist Sandra von Möller. Die 51-jährige tritt im Kölner Südwesten für die CDU an. Mit ihrem Mann führt sie seit elf Jahren als Geschäftsführerin den Leuchtenhersteller Bäro in Leichlingen. Das Unternehmen beschäftigt rund 150 Mitarbeiter. „Ich bleibe gerne mittelständische Unternehmerin mit ganzer Leidenschaft“, sagt von Möller. „Aber vor uns liegen große

Mitglieder des 19. Deutschen Bundestages nach Berufsgruppen

Stand: Januar 2021, Quelle: Deutscher Bundestag; Kürschners Volkshandbuch



Modernisierungsaufgaben. Wir wollen nach der Pandemie wieder zu einem nachhaltigen Aufschwung kommen. Dazu brauchen wir mehr wirtschaftlichen Sachverstand in der Politik.“ Sie fordert „ein Entfesselungsprogramm, das unsere Wirtschaft von Regulierungen und Bürokratie befreit“. Die CDU/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen habe es vorgemacht. „Vor allem bei Selbstständigen und Familienunternehmen höre ich viele Klagen über unser Steuersystem: Es ist zu wenig wettbewerbsfähig, zu kompliziert, fördert junge Gründer zu wenig.“ Ihr drittes Ziel: Alle Gesetze müssten auf ihre Alltagstauglichkeit und Bürgerfreundlichkeit geprüft werden.

Einen anderen Ansatz vertritt Joe Chialo (51), Musikmanager aus Berlin. „Aus Unternehmersicht ist schon viel

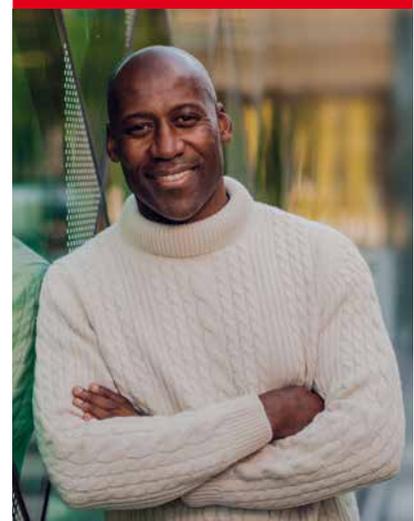
geholfen, wenn die Politik nichts verhindert. Sei es durch bürokratische Vorgaben, immer mehr Auflagen oder latente Entscheidungsunwilligkeit“, sagt Chialo, der im Berliner Westen kandidiert. Der Sohn einer tansanischen Diplomatenfamilie ist Gründer der Airforce1 Music Group. Das Musiklabel vermarktet Künstler wie die Kelly Family, Santiano oder Matthias Schweighöfer. „Es gibt so viele gute Ideen in unserem Land, innovative Betriebe, kreative und engagierte Unternehmer. Wenn wir es schaffen würden, die Rahmenbedingungen zu verbessern, Prozesse konsequent vom Ergebnis her zu denken und die Dialogfähigkeit – übrigens auf beiden Seiten – signifikant zu erhöhen, dann würde uns das sicherlich einen großen Schritt nach vorne bringen.“ Sein konkretes Ziel: „Ich will für eine bundesweite Bildungsplattform mit landesindividuellen Inhalten und unter Beteiligung von Unternehmen aus der Bildungsbranche werben.“ Wie von Möller würde auch Chialo nicht gleich seine Selbstständigkeit an den Nagel hängen: „Ich bleibe Unternehmer, auch wenn ich in den Bundestag gewählt werde. Für mich war wirtschaftliche Unabhängigkeit schon immer ein wichtiger Faktor, um zu jedem Zeit-

Dr. Sandra von Möller (51)



Geschäftsführerin,
CDU-Kandidatin in Köln

Joe Chialo (51)



Musikmanager,
CDU-Kandidat in Berlin

punkt frei über meine Zukunft entscheiden zu können.“

Einen klassischeren Lebensweg schlug Alexander Engelhard ein. Der 48-Jährige ist gelernter Müller und Diplom-Wirtschaftsingenieur. Vor 20 Jahren übernahm er die Engelhardmühle Attenhofen im bayerischen Schwaben, die sich seit 1413 in Familienbesitz befindet. „Wer soll unsere Interessen aus der Sicht unserer Unternehmen vertreten, wenn nicht wir selbst!“, sagt der CSU-Kandidat im Wahlkreis Neu-Ulm. „Mein Ziel ist es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass mittelständische Betriebe guten Gewissens an die nächste Generation übergeben werden können.“ Dafür müsse der Datenschutz so umgestaltet werden, dass er auch für kleine Betriebe einhaltbar ist. „Auch will ich die umfassenden Statistikpflichten gegenüber den Ämtern beschränken. Diese Pflichten sind für kleine Unternehmen ein enormer Aufwand, für den sie keinen Ausgleich erhalten.“ Ebenso müsse die Steuerpolitik gegenüber Unternehmen fairer werden. „Wir brauchen in den Unternehmen wieder Freiraum für Kreativität und Innovation anstatt in Bürokratie zu versinken!“ Auch sollten kleine Unternehmen von den Auswirkungen

Alexander Engelhard (48)



Müller, CSU-Kandidat in Neu-Ulm

Roland Ermer (57)



Bäckermeister,
CDU-Kandidat in Bautzen

von Gesetzen wie dem Lieferkettengesetz besser geschützt werden. „Generell wünsche ich mir, dass die Politik bei ihren Maßnahmen stärker zwischen kleinen und großen Unternehmen differenziert. Klimaschutz ist enorm wichtig, aber es kann nicht alles auf die Betriebe abgewälzt werden.“

Für mehr wirtschaftlichen Sachverstand in der Politik steht auch Roland Ermer. Der 57-jährige Familienvater ist Bäckermeister und führt einen Betrieb mit 30 Angestellten. Darüber hinaus engagiert er sich seit 2011 als Landesobermeister des Bäckerhandwerks Sachsen und war viele Jahre Präsident des Sächsischen Handwerkstags. Er tritt für die CDU im Wahlkreis Bautzen an. „Die Politik muss für Unternehmen Bedingungen schaffen, ideologiefrei zu forschen, zu entwickeln und zu arbeiten“, sagt der Unternehmer. „Politik muss das Ziel vorgeben, die Wirtschaft findet durch Forschung und Entwicklung dann einen Weg.“ Zudem will sich Ermer für praxisnähere Vorschriften und Bürokratieabbau einsetzen.

Rund 50 Kilometer weiter in Dresden kandidiert Markus Reichel um das Direktmandat für die CDU. Den langjährigen Landesvorsitzenden der MIT Sachsen zog es nach dem Mauerfall zum Studium dorthin. Nach Diplomen in Mathematik und Wirtschaftsmathematik promovierte er über die

Energiewirtschaft. 1999 kündigte er eine unbefristete Stelle im öffentlichen Dienst und gründete eine Unternehmensberatung. Heute berät der 52-Jährige mit seinen Teams in Polen, der Ukraine und der Schweiz weltweit Kunden. Die nächsten Jahre sieht Reichel als „Umbruchjahre für Deutschland“ an. „Von besonderer Bedeutung wird sein, dass wir Umwelt- und Naturschutz mit mehr unternehmerischem Sachverstand angehen“, sagt er. Klimaschutz werde nur mit, nicht gegen die Wirtschaft möglich sein. „Ferner möchte ich mit dazu beitragen, dass die von vielen geforderte ‚Revolution‘ unserer Verwaltung nun wirklich eintritt – die Digitalisierung bietet hier eine echte Chance.“

Reichel wünscht sich, dass die Politik ihre Entscheidungen mehr vom Ende her denkt. Gerade kleinere Mittelständler könnten beispielsweise Berichts- und Statistikpflichten nicht delegieren, sondern müssten sich selbst darum kümmern. „Die Zeit fehlt für das Kerngeschäft“, so der Unternehmensberater. „Unternehmer in der Politik sollten ihre Kollegen dafür sensibilisieren – hier sehe auch ich eine Aufgabe für mich.“

Dr. Markus Reichel (52)



Unternehmensberater, CDU-Kandidat in Dresden

MARKUS BLUME IM INTERVIEW

„Die Grundmelodie ist Entlastung statt Belastung“

Deutschland steht vor einer Richtungswahl, sagt Markus Blume: mehr Wachstum oder mehr Staat. Der CSU-Generalsekretär spricht im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über mögliche Entlastungen nach der Bundestagswahl, die eigenen Pläne der CSU und Koalitionsoptionen.

Herr Blume, auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 10 (vollständig): Wie viele Übereinstimmungen gibt es zwischen CSU und CDU im Hinblick auf die Bundestagswahl?
Markus Blume: 9,9.

Und zwischen Markus Söder und Armin Laschet?

Genauso viel.

Welche Unterschiede sehen Sie denn zwischen den beiden Unionsparteien?

In der Grundphilosophie sind wir uns einig. Deutschland steht vor einer Richtungswahl. Die Union steht für neues Wachstum und die linken Parteien stehen für neue Schulden und für mehr Staat. Diese Kombination ist toxisch, weil sie uns nicht aus der Misere herausführt, sondern die Krise weiter verstärkt. Wir bieten ein Kontrastprogramm: ein Programm für Stabilität, aber auch für Erneuerung.

Trotzdem gibt es ja noch einen eigenen Bayernplan der CSU. Wie wollen Sie Forderungen wie eine Mütterrente mit marktwirtschaftlichen Positionen in Einklang bringen?

Das sind diese 0,1 Punkte, die zur totalen Übereinstimmung fehlen. Das war aber immer so in der Geschichte der Union. Wir treten als eigenständige Parteien zusammen an und jeder muss für sich Akzente setzen. Wir wollen in diesem Wahlkampf einen starken Beitrag zum Gesamtergebnis der Union liefern. Die Union ist dann stark, wenn auch die CSU in Bayern stark ist. Es gibt Punkte, die nach unserer Überzeugung gut für Bayern, aber auch gut für Deutschland sind.

Die Mütterrente wird bei der CDU, aber auch bei der MIT und der Mittelstandsunion Bayern recht kritisch gesehen. Verstehen Sie diese Kritik zumindest?

Ich finde, wir sollten vor allem darüber reden, wie wir unsere Altersversorgungssysteme zukunftsfest machen. Dafür haben wir im gemeinsamen Regierungsprogramm viele gute Ansätze. Wir machen etwas, was es bisher noch nie gab. Wir legen die Grundlage für eine neue Generationenrente. Und was die Mütter angeht: Der CSU war es immer wichtig, dass wir für Millionen von Müttern in Deutsch-



Die Gendersprache kommt Markus Blume nicht über die Lippen. Sprachzwang und sprachliche Umerziehung lehnt der Politiker ab.



land, die vor 1992 Kinder bekommen haben, eine Gerechtigkeitslücke schließen. Das ist keine soziale Wohltat, sondern eine elementare Gerechtigkeitsfrage. Rente war immer auch eine Frage der Honorierung von Lebensleistung. Und wir sollten, wenn es um die Rolle der Mütter geht, keine Diskussionen wegen ein paar Euro führen.

Wie soll die Generationenrente für Neugeborene funktionieren? Soll der Staat oder die Rentenversicherung die Gelder verwalten und möglichst gewinnbringend anlegen? Oder geht es eher um einen Zuschuss für die private Altersvorsorge?

Nein, wir sehen hier etwas Neues. Wir wollen die private Altersvorsorge auf neue Füße stellen. Wir brauchen eine Nachfolge für Riester. Riester hat leider die Erwartungen nie erfüllen können. Da wollen wir einen Neustart. Und zweitens wollen wir etwas für die kommende Generation tun. Wir wollen einen Kapitalfonds, der dem staatlichen Zugriff im Wesentlichen entzogen ist. Der Staat ist nicht der bessere Investmentfondsmanager.

„Die Union steht für neues Wachstum und die linken Parteien stehen für neue Schulden und für mehr Staat.“

Ein weiterer Schwerpunkt des Wahlprogramms ist das Thema Entlastungen. Im Wahlprogramm stehen Soli-Abschaffung, Unternehmenssteuerreform und Steuerentlastungen im unteren und mittleren Bereich. Armin Laschet sagt, es stehen keine Steuerentlastungen drin. Was dürfen denn jetzt die Wähler und Mittelständler erwarten?

Das Regierungsprogramm der Union gilt und wir haben es wohlüberlegt miteinander beraten und verabschiedet. Ich sehe da auch keinen Widerspruch. Die Grundmelodie ist Entlastung statt Belastung. Wir wollen Deutschland aus der Krise führen und das geht nur mit neuem Wachstum. Aber wir müssen natürlich auch um

unsere Möglichkeiten wissen. Nach der Wahl muss ein Kassensturz gemacht werden. Wir wollen wissen, wie es in den Kassen von Olaf Scholz wirklich aussieht. Und wir brauchen eine ehrliche Eröffnungsbilanz für die Zeit nach Corona. Wie schaut es aus in den Kassen der Sozialversicherungssysteme?

Könnte es sein, dass der Kassensturz dazu führt, dass Sie von den Entlastungen Abstand nehmen?

Das wird nicht der Fall sein, aber wir werden klug priorisieren müssen. Wir werden nicht alles im ersten Monat nach der Koalitionsentscheidung durchsetzen und umsetzen können. Aber auf die Zeit von vier Jahren muss es schon möglich sein, die Dinge auf den Weg zu bringen.

Werden die finanziellen Folgen der schrecklichen Hochwasserkatastrophe die Ausgangslage in Sachen Neuverschuldung und Entlastung ändern?

Auch wenn wir akut helfen und in Zukunft deutlich mehr für Hochwasserschutz und Klima-Anpassungsmaßnahmen tun müssen: Das stellt nicht unseren Haushalt auf den Kopf.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Entfesselung starten und Wachstum beschleunigen?

Wir brauchen eine Staatsreform. Wir haben eine exzellent funktionierende Verwaltung, aber Corona hat auch ihre Schwächen offengelegt. Wir sind in Deutschland an vielen Stellen zu langsam, zu behäbig, zu unflexibel, zu bürokratisch. Das Entfesselungspaket ist etwas, das den Mittelstand von Bürokratie befreit und den Boden fruchtbar machen soll für neue Ideen. Damit wollen wir Deutschland attraktiv für Investitionskapital machen, welches wir dringend brauchen, um neue Maßnahmen zu finanzieren. Das Entfesselungspaket soll sicherstellen, dass wir mit einer ambitionierten High-Tech-Agenda Anschluss an die technologischen Kraftzentren der Welt finden.

Von der Bundesregierung sind gerade Klimaschutzmaßnahmen beschlossen worden, die erst einmal Belastungen für Bürger und Unternehmen bedeuten. Wie passt das zusammen mit diesem Entfesselungsversprechen?

Wir sollten Klimaschutz nicht als Belastung begreifen. Deutschland hat die Chance, Modellregion zu werden. Wir können zeigen, wie ein Industrieland klimaneutral werden kann. Der Weg der Grünen ist Dekarbonisierung durch

gleichzeitig Mehrbelastungen gezielt dort auszugleichen, wo sie anfallen. Wir haben gemeinsam durchgesetzt, dass die Pendlerpauschale erhöht wird. Ein wichtiges Anliegen von uns als CSU ist, dass wir in Zukunft eine dynamisierte Pendlerpauschale haben. Das heißt für einen um zehn Cent höheren Spritpreis

„Das Finanzministerium ist zentral für die Union, weil wir neben dem Versprechen für neues Wachstum auch schnellstmöglich wieder die Schwarze Null erreichen müssen.“

Deindustrialisierung. Der Weg der Union heißt: Wir machen Deutschland zum ersten klimaneutralen Industrieland. Wir können das mit Innovationen, mit neuen Technologien, mit smarten Entwicklungen schaffen. Beides geht: Ressourcen schonen, Klima schützen und gleichzeitig die Konjunktur stützen.

Die Umfragewerte der Grünen fielen, sobald sie konkreter erklärten, was Klimaschutz für sie bedeutet: höhere Benzinpreise und Kurzstreckenflüge verbieten. Aber bei der Union ist es auch so im Programm, dass Benzinpreise teurer würden und wahrscheinlich auch das Flugbenzin?

Hier geht es doch um die Intention! Die Menschen in Deutschland wissen sehr genau, dass die Grünen zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe seit Jahren einen Feldzug gegen das Auto führen. Sie lehnen individuelle Mobilität ab. Sie wollen den Diesel abschaffen. Sie wollen Autos aus den Städten raushalten. Sie wollen den ländlichen Raum abhängen. Das ist eine Verbots- und Verzichtsideologie. Unser Konzept ist ein anderes. Wir wollen auch in Zukunft individuelle Mobilität ermöglichen. Es wird eine neue Art der Mobilität sein. Aber diejenigen, die ganz klassisch auf ihr Auto mit Verbrenner angewiesen sind, die wollen wir dabei unterstützen, auch in Zukunft mobil zu bleiben. Deswegen heißt Klimaschutz mit Vernunft für uns immer zweierlei: ambitioniert beim Klimaschutz sein, aber

gibt es einen Cent mehr Pendlerpauschale. Das ist ein wichtiges Signal an den ländlichen Raum und an die Pendler in Deutschland. Klimaschutz geht nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Wir werden nicht zulassen, dass der ländliche Raum und die Pendler einseitig die Lasten tragen sollen.

Markus Blume (46) ist seit März 2018 Generalsekretär der CSU. Seit 2018 gehört er dem Bayerischen Landtag an. Der Münchener erarbeitete federführend das CSU-Grundsatzprogramm. Seit 2011 ist er Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission. Blume studierte Physik (Vordiplom) und Politikwissenschaften (Diplom). Danach entschied er sich für den Gang in die Selbständigkeit und war als Gründer, Vorstand und Unternehmensberater in verschiedenen Gesellschaften tätig. Der zweifache Familienvater ist begeisterter Bergsteiger, Skifahrer und Eisläufer. In seiner Jugend war er Deutscher Juniorenmeister im Eistanz.



Nun hat die EU gerade vorgeschlagen, den Verbrenner ab 2035 gar nicht mehr zuzulassen. Wie stehen Sie dazu als Vertreter eines Autolandes?

Wir waren immer der Meinung, dass wir in Deutschland technologieoffen bleiben sollten. Das setzt voraus, dass wir auch aufgrund der Bedeutung Deutschlands auf dem Weltmarkt in allen Technologiefeldern Weltklasse aufgestellt sein müssen. Dazu gehört vor allem die Elektromobilität. Aber auch der Verbrenner wird eine Zukunft haben. Mit grünem Sprit, mit synthetischen Kraftstoffen. Bestimmte Entwicklungen zu verbieten bringt nichts. Wir bleiben technologieoffen und am Ende möge sich die beste und nachhaltigste Technologie durchsetzen.

„Wir brauchen eine Staatsreform. Wir sind an vielen Stellen zu langsam, zu behäbig, zu unflexibel, zu bürokratisch.“

Wenn man das alles hört, wird es aber nicht gerade leicht, mit den Grünen zu koalieren.

Wir arbeiten auch nicht auf eine Koalition mit einem bestimmten Koalitionspartner hin, sondern wollen dafür sorgen, dass die Union möglichst stark wird. Knapp die Hälfte der Deutschen wollen, dass Deutschland von der Union geführt wird. Das gibt's aber nur, wenn die Menschen CDU und CSU auch tatsächlich wählen. Wir haben keine Stimme an irgendwelche denkbaren Partner zu verschenken. Wir müssen dafür werben, dass CDU und CSU genug Stimmen bekommen, um die nächste Regierung zu führen.

Und wenn es dann am Ende die Wahl gibt zwischen Schwarz-Grün und der Deutschlandkoalition, also mit SPD und FDP, was wäre denn dann Ihr Favorit?

Dann würde ich stark dafür werben, zu schauen, in welcher Konstellation wir am meisten Union pur durchsetzen können. Die Deutschlandkoalition ist eine interessante Möglichkeit. Da geht es allerdings vor allem um die Frage, wie regierungsfähig die SPD nach den letzten Jahren noch ist und welche Kräfte in



der SPD nach der Bundestagswahl die Oberhand gewinnen. Bei den Grünen ist die Frage von anderer Seite zu beantworten. Wollen die Grünen tatsächlich zu konstruktiver Regierungsarbeit beitragen oder ist dort eher der fundamentale Flügel derjenige, der nach der Wahl dann wieder Oberwasser hat? Das kann man heute noch nicht sagen. Und die FDP muss klären, ob sie ein linkes Ampelbündnis unterstützen würde.

Welche Ministerien sollte die Union beanspruchen?

Das Bundeskanzleramt ist logischerweise Priorität Nummer eins. Nummer zwei ist das Finanzministerium. Das Finanzministerium ist zentral für die Union, weil wir neben dem Versprechen für neues Wachstum auch schnellstmöglich wieder die Schwarze Null erreichen müssen. Ganz Europa schaut auf Deutschland. Wenn wir es nicht schaffen, vom Tropf des billigen Geldes loszukommen, dann werden es andere in Europa auch nicht schaffen. Und die Nummer drei könnte ein Zukunftsministerium sein, in dem Wirtschaft und Innovation gebündelt sind. Die Welt hat sich technologisch in den letzten Jahren so schnell gedreht wie nie. Wir müssen hier ganz vorne mit dabei sein – und zwar sowohl im Bereich Hochtechnologie als auch im Bereich Alltagsdigitalisierung.

Welche Kompetenzen muss ein solches Innovationsministerium haben?

Es braucht wirkliche Umsetzungskompetenz! Wenn ich mir das Digitalministerium noch dazu denke, dann muss der Staat in der Lage sein, attraktive Anwendungen zu entwickeln, auch im Sinne von Open-Data-Government. Der Staat muss an der Spitze der digitalen Bewegung stehen und zum digitalen Think Tank werden. Wir haben jetzt die Chance zu zeigen, dass Deutschland digital kann.

Sind Sie auch für eine paritätische Besetzung der Kabinettsposten?

Das ist ein Gebot der Zeit. Wir haben als CSU zum ersten Mal in unserer Parteigeschichte eine paritätische Wahlliste aufgestellt; trotz aller Unkenrufe hat es wunderbar geklappt. Markus Söder hat den CSU-Teil des bayerischen Kabinetts paritätisch besetzt. Das sollte auch bei der Besetzung einer Bundesregierung möglich sein.

Seit mehr als drei Jahren ist Markus Blume Generalsekretär der CSU. Mit seinem CDU-Amtskollegen Paul Ziemiak würde er jedoch nicht tauschen wollen, sagt er.



Wenn aber die Fraktion erwartungsgemäß wegen der Direktmandate wieder deutlich mehr Männer hat und deutlich mehr Männer Mitglieder der Union sind, dann sind sie bei der Postenvergabe benachteiligt.

Bei der Besetzung einer Bundesregierung geht es doch um mehr. Es geht darum, das Land in die nächste Dekade zu führen. Und dazu gehört, dass wir mit herausragenden Kräften beider Geschlechter diese Bundesregierung besetzen.

Was halten Sie eigentlich von der Gendersprache?

Kommt mir nicht über die Lippen.

Wie sollte man politisch damit umgehen vor dem Hintergrund, dass immer mehr öffentlich finanzierte Institutionen es verwenden oder gar vorschreiben?

Ich rate auf der einen Seite zu Gelassenheit. Jeder soll so sprechen, wie er möchte. Auf der anderen Seite darf es keinen Sprachzwang und keine sprachliche Umerziehung geben.

Sie waren gemeinsam mit Ihrer Schwester deutscher Juniormeister im Eistanz. Was kann man denn vom Eistanz für die Politik lernen?

Balance und Stabilität sind immer wichtig. Das zeichnet eine Volkspartei aus. Du darfst keine Schlagseite in die eine oder die andere Richtung bekommen. Du musst für Stabilität stehen und einer großen Bandbreite von Überzeugungen eine politische Heimat geben. Das müssen wir schaffen, weil ich mich nie damit abfinden werde, dass wir uns als Union deutschlandweit mit Wahlergebnissen in den Zwanzigern zufriedengeben. Beim Eistanz ist zudem Kreativität gefragt. Und an manchen Stellen braucht es vor dem nächsten Sprung dann auch den notwendigen Mut.

Zum Schluss hätte ich die Ja-Nein-Fragen. Sie haben einen Joker. Wird es weltweit eine Renaissance der Kernenergie geben?

Nein.

Würden Sie persönlich noch ein Dieselfahrzeug kaufen?

Ja.



Werden die Bürger bei einer uniongeführten Regierung bis 2024 die meisten Verwaltungsdienstleistungen digital abwickeln können?

Ja.

Werden Bürger und Unternehmen bis spätestens 2024 auch geringere Steuersätze haben?

Ja.

„Wir sollten Klimaschutz nicht als Belastung begreifen. Beides geht: Ressourcen schonen, Klima schützen und gleichzeitig die Konjunktur stützen.“

Würden Sie heute noch sagen, Markus Söder wäre der bessere Kanzlerkandidat?

Er war damals ein verdammt gutes Angebot, aber wir haben jetzt einen sehr guten Kanzlerkandidaten.

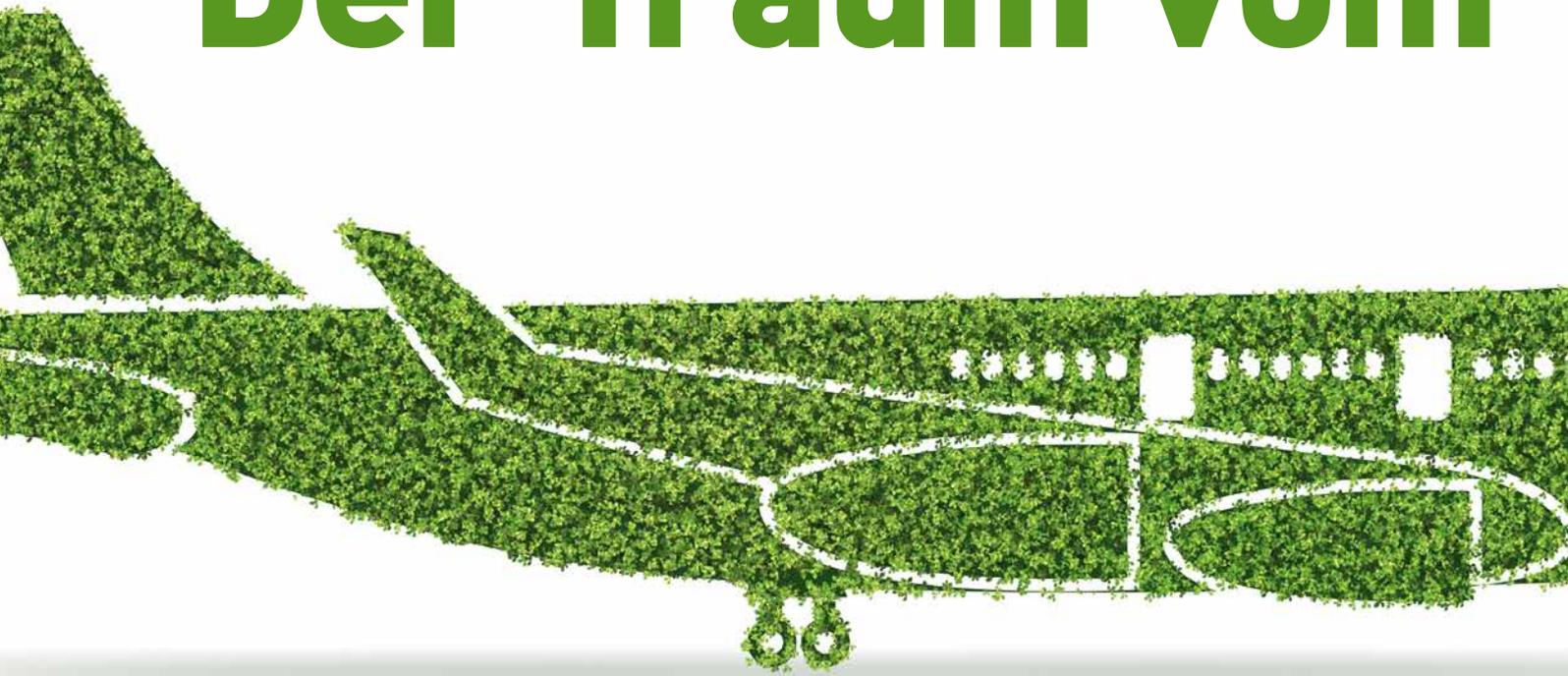
Ja oder nein?

Da nehme ich den Joker.

Und am Schluss die Satzvervollständigung: „Wenn ich mal für einen Tag CDU-Generalsekretär sein könnte...“

... dann wüsste ich, dass das auch nett ist, aber ich mit Paul Ziemiak nicht tauschen möchte. ●

Der Traum vom



Kaum eine Branche wurde so hart von der Pandemie getroffen wie der Luftverkehr. Dabei hat die Branche noch eine andere große Baustelle. Sie muss klimafreundlicher werden. Zwei Experten erklären, wie die Luftfahrt wieder abhebt und dabei dennoch CO₂ sparen kann.

Im Jahr 2019 flogen weltweit mehr als 4,5 Milliarden Menschen – so viele wie nie zuvor. Ein wesentlicher Grund für die stetig steigenden Passagierzahlen ist eine neue globale Mittelschicht. Vor allem in bevölkerungsreichen Ländern wie Brasilien, Indien und China haben immer mehr Menschen die Möglichkeit zu fliegen. Dann kam die Pandemie. „Durch Corona gab es bei den Passagierzahlen einen tiefen Einbruch. In einigen Corona-Monaten haben wir nur acht bis zehn Prozent der Passagierzahlen des Vorjahres erreicht“, berichtet Matthias von Randow. Er ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL). Durch die Lockerungen und den Impffortschritt habe sich die Situation seit Juni dieses Jahres etwas entspannt. „Damit könnten im Jahresdurchschnitt 2021 rund ein Drittel der Passagierzahlen von 2019 erreicht werden. Wir sind also noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt“, sagt von Randow.



grünen Fliegen



Als größte deutsche Fluggesellschaft wurde auch die Lufthansa von der Krise hart getroffen. „Wir sind für die Überbrückungshilfen des Bundes sehr dankbar. Sie haben der Lufthansa durch die Krise geholfen und uns während der Pandemie stabilisiert“, sagt Kay Lindemann, Leiter für Konzernpolitik der Lufthansa. Sowohl Lindemann als auch von Randow betonen aber, dass die Lufthansa kein Geld vom Staat geschenkt bekommen habe. „Wir haben Kredite und stille Einlagen erhalten. Von den in Deutschland, Österreich, Belgien und der Schweiz bereitgestellten neun Milliarden Euro wurden bisher weniger als die Hälfte in Anspruch genommen und auch schon Teile wieder zurückgezahlt“, so Lindemann. Da für die Hilfen des deutschen Staates eine ansteigende Verzinsung vorgesehen ist, hat Lufthansa auch ein eigenes Interesse an einer raschen Rückzahlung.

Restrukturierung der Lufthansa

Außerdem musste sich die Lufthansa in vielen Bereichen neu aufstellen. „Der Geschäftsreiseverkehr, der für die Lufthansa

eine große Rolle spielt, ist aufgrund immer noch geltender Beschränkungen stark eingeschränkt“, berichtet Lindemann. Der Konzern stehe vor der Aufgabe, das Verhältnis zwischen Tourismus und Geschäftsreisenden neu zu vermessen. „Selbst wenn die Pandemie endgültig vorbei ist, wird das touristische Segment stärker wachsen. Deswegen wird sich Lufthansa hier künftig stärker positionieren, was bereits vor der Krise entschieden war.“ Der Konzern stelle sich mit einem umfassenden Restrukturierungsprogramm neu auf. Das bedeute auch schmerzhaftes Einschnitte. Vor der Krise hatte die Lufthansa Group mehr als 130.000 Mitarbeiter. „Unser Ziel ist es, insgesamt 100.000 Beschäftigte an Bord zu halten. Auch die Zahl der Flugzeuge wird sinken. Von etwa 800 vor der Krise auf rund 650. Die Lufthansa wird nach der Krise kleiner, aber auch agiler sein“, bilanziert Lindemann.

Während der Passagierbereich massiv zurückging, nahm der Frachtverkehr während der Pandemie zu. „Der Cargobereich hatte kurz nach dem Lockdown im März 2020 einen kurzen Einbruch. Das Geschäft ist dann aber rasch wieder angestiegen. Der Frachtverkehr konnte während der Pandemie voll durchfliegen und sogar gegenüber 2019 zulegen“, berichtet von Randow. Der Grund für die Zunahme des Fracht-

„Wir sind noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt.“

Matthias von Randow,
Luftfahrtverband BDL

verkehrs liegt unter anderem in dem Umstand begründet, dass andere Transportwege durch die Krise eingeschränkt wurden. Lindemann bezeichnet den Frachtverkehr als „eine Lebensader für die Lufthansa, da es der einzige Bereich ist, der ohne Einbußen durch die Krise kam“. Lindemann: „Dazu muss man aber wissen, dass die Lufthansa nur wenige spezielle Cargoflugzeuge hat. In normalen Zeiten wird der Großteil unserer Fracht in den Bäuchen der Passagierflugzeuge transportiert.“ In der Folge wurden Passagierflugzeuge umgebaut, sodass Cargo auch im Sitzbereich transportiert werden konnte. „Im Volumen ging der Cargobereich unbeschadet durch die Krise, da die Industrie die Produktion

aufrechterhalten konnte. Gleichzeitig können die Ausfälle im Passagierbereich nicht im Cargobereich ausgeglichen werden“, erklärt Lindemann.

Wann die Luftfahrtbranche wieder das Vorkrisenniveau erreicht, ist noch nicht klar. „Für konkrete Prognosen ist die Situation zu volatil“, sagt Matthias von Randow. Der BDL gehe aber davon aus, dass ab frühestens 2024 wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden könne. Damit läge die Branche aber immer noch weit unter dem Niveau, das sie unter Normalbedingungen erreicht hätte.

Fliegen muss klimaneutral werden

Neben den Auswirkungen der Krise steht die Luftfahrtbranche noch vor einer weiteren großen Herausforderung: dem Klimaschutz. Fliegen verursacht im Vergleich zu anderen Transportmitteln hohe Umweltschäden. Wer mit der Bahn reist, erzeugt laut Umweltbundesamt auf langen Strecken 32 Gramm Treibhausgase pro Kilometer. Mit dem Auto sind es 147 Gramm. Wer im Inland fliegt, kommt auf einen Ausstoß von 230 Gramm pro Kilometer – siebenmal mehr als mit dem Zug. Der weltweite Anteil des Luftverkehrs am CO₂-Ausstoß beträgt etwa 3,5 Prozent.

Die Branche muss also reagieren, auch um möglichen Flugverboten zuvorzukommen. Kurzstrecken sind immer wieder Gegenstand von Verbotsdebatten. Zwar wird dies von keiner Partei für die kommende Legislaturperiode gefordert. Allerdings sagte die grüne Spitzenkandidatin Annalena Baerbock gegenüber der „Bild“-Zeitung,

Matthias von Randow, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft, will mehr Menschen auf die Schienen bringen: „Wenn Sie den Zubringerflug durch die Eisenbahn ersetzen können, ist das ökonomisch und ökologisch sehr sinnvoll.“



„perspektivisch nicht mehr geben“ solle. Im Wahlprogramm der Grünen steht: „Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen.“

„Den Luftverkehr in Einklang mit dem Klimaschutz zu bringen, ist die größte Aufgabe, an der wir als Branche arbeiten“, sagt von Randow. Die Branche sieht hierfür drei Felder: technische Innovationen, eine verbesserte Organisation von Verkehr und schließlich die CO₂-Kompensation. „Am wirkungsvollsten sind technische Maßnahmen, also die Entwicklung von Flugzeugen, die immer weniger Treibstoff verbrauchen und damit weniger CO₂ emittieren“, so von Randow. „Die ganze technologische Innovationskraft der Branche fließt in Sicherheit und Treibstoffreduktion. Um die Wirkung voll zu entfalten, müssen die Airlines ältere gegen neuere Flugzeuge austauschen. Das tun sie ständig“, so von Randow. Ein starker ökonomischer Treiber für diese ökologisch wirkungsvollen Investitionen sei die Tatsache, dass Treibstoff der größte Kostenfaktor beim Fliegen ist.

Mehr Biokerosin

Neben der Krisenbewältigung liegt ein Schwerpunkt der Unternehmensstrategie der Lufthansa darauf, Fliegen umweltfreundlicher zu machen. Dazu erneuert Lufthansa ihre Flotte und setzt auf nachhaltige Kraftstoffe. „Weil auf der Langstrecke der Einsatz von Elektroflugzeugen physikalisch selbst mittel- und langfristig nicht darstellbar ist, liegt der entscheidende Hebel für CO₂-neutrales Fliegen in der Zukunft in alternativen Kraftstoffen“, erklärt Lindemann. Dazu könnten biogene Kraftstoffe, die aus Altöl oder Getreideabfällen gewonnen werden, genutzt werden. „Der Quantensprung aber ist synthetisches Kerosin, das aus Wasserstoff und CO₂ mittels des Power-to-Liquid-Verfahrens gewonnen wird. Die Technik ist da, aber bei der industriellen Produktion stehen wir noch ganz am Anfang“, sagt Lindemann.

Aktuell sind aber nur 0,05 Prozent des verwendeten Flugbenzins in der EU Biokerosin. Die EU will deswegen eine Beimischquote für solche Kraftstoffe einführen, ab dem Jahr 2025 aufsteigend beginnend mit zwei Prozent. Selbst die Branche befürwortet Beimischquoten, auch wenn die Biokraftstoffe fünf- bis achtmal so teuer sind wie herkömmliches Kerosin. „Wir haben überhaupt nichts gegen eine solche Quote, solange sie wettbewerbsneutral ausgestaltet wird. Der

Hofft auf den Durchbruch klimaneutraler Kraftstoffe für die Luftfahrt: Kay Lindemann, Lufthansa-Vorstandsbevollmächtigter



EU-ETS und Corsia

Der Luftverkehr ist der einzige Bereich des Verkehrssektors, der in das EU Emissions Trading System (ETS) eingebunden ist. Seit 2012 muss die Branche für ihren Verbrauch CO₂-Zertifikate kaufen. Außerdem ist der Luftverkehr in ein weltweites CO₂-Preissystem namens „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“ (Corsia) eingebunden. An diesem Kompensationsprogramm nehmen 150 Länder und 6000 Luftfahrzeugbetreiber teil.

springende Punkt ist, ob wirklich alle Airlines einbezogen werden. Nur dann wären wir in der Lage, eine belastbare Nachfrage nach diesen Kraftstoffen zu erzeugen“, erklärt Lindemann.

EU benachteiligt europäische Airlines

Sowohl Lindemann als auch von Randow fürchten aber große Nachteile für europäische Airlines. Der internationale Flugverkehr, insbesondere der Langstreckenverkehr, wird nämlich größtenteils über Drehkreuze abgewickelt. Die Airlines bringen die Passagiere mit Zubringerflügen zu den Drehkreuzen, beispielsweise von Hamburg nach Frankfurt mit Lufthansa, oder nach London Heathrow mit British Airways, oder mit Turkish Airlines nach Istanbul, und von jeweils diesen Drehkreuzen in die ganze Welt. Während EU-Airlines für jeweils die ganze Strecke bis zum Endziel des Langstreckenfluges den deutlich teureren Kraftstoff tanken müssten, können ausländische Airlines dies leicht umgehen. „Airlines aus Drittstaaten müssen – wenn überhaupt – nur für den Kurzstreckenflug den teuren Kraftstoff tanken. Für die Langstrecke, auf der der mit Abstand größte Teil des Kerosins gebraucht wird, nicht“, kritisiert von Randow. Hinzu kommt, dass die Nicht-EU-Airlines so planen können, dass sie überhaupt nicht in der EU tanken müssen, indem sie bei ihrem Einflug in die EU ihr Tankvolumen so planen, dass sie ohne Tanken in Europa den Rückflug in ihre jeweiliges Drehkreuz realisieren können. „Die EU will dies zwar durch Mindesttankmengen an europäischen Flughäfen umgehen. Ob sie das umsetzen kann, ist aber fraglich. Außerdem würde das nichts daran ändern, dass ausländische Airlines nur bis zu den Drehkreuzen beimischen müssen, europäische Airlines für den gesamten Flug“, kritisiert von Randow. Auf dem Hauptteil des Langstreckenfluges, den sie im Wettbewerb mit den europäischen Airlines anbieten, können sie ohne den deutlich teureren Kraftstoff fliegen.

Lindemann schlägt deswegen vor, dass sich die EU bei den Beimischquoten an der deutschen Luftverkehrssteuer orientieren soll: „Die Steuer erhebt einen Preisaufschlag auf jedes Ticket und orientiert sich an der Enddestination. Dann wäre es insoweit egal, ob der Passagier mit Lufthansa oder der Konkurrenz fliegt“, so Lindemann. Matthias von Randow fordert die EU auf, bei ihrer Strategie umzudenken: „Eine solche wettbewerbsverzerrende Politik, die zu Lasten europäischer Airlines die Passagiere auf die Flugzeuge von Emirates, Qatar, British oder Turkish Airlines verlagert, kann doch nicht im Sinne einer europäischen Politik sein.“ Das gefährde Arbeitsplätze und Wertschöpfung und sei klimapolitisch kontraproduktiv. „Denn es verlagert lediglich Emissionen statt dass sie reduziert werden. Deswegen müssen die von der EU jetzt vorgelegten Rechtsakte so umgestaltet werden, dass sie diese Wettbewerbsverzerrungen und Emissionsverlagerungen ausschließen. Dann kommen wir wirklich beim Klimaschutz voran.“, meint von Randow.

Luftverkehr neu organisieren

Eine weitere Verbesserung des Schienenangebots als Alternative zum innerdeutschen Flug könnte ebenfalls zu mehr Klimaschutz beitragen. „Wir haben ein Interesse daran, mehr Menschen ein Alternativangebot auf die Schienen zu machen. Das ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll“, erklärt von Randow, „denn sehr kurze Flüge rechnen sich auch für Airlines kaum“. Passagiere nutzen aber nur dann die Bahn, wenn die Reisezeit nicht zu lang ist. „Flugtickets sind auf Kurzstrecken fast immer deutlich teurer als die Bahn. Am Preis liegt es nicht, sondern an der Reisezeit. Die magische Grenze sind rund drei Stunden“, sagt von Randow. Er warnt zugleich davor, die Kraft dieses Hebels zu überschätzen: „Wenn Sie klimapolitisch etwas voranbringen wollen, müssen Sie beim internationalen Luftverkehr und vor allem auf der Langstrecke ansetzen. Auf den langen Strecken wird viel Energie und Kerosin verbraucht. Der innerdeutsche Luftverkehr trägt nur 0,3 Prozent zum deutschen CO₂-Ausstoß bei.“ ●



Micha Knodt
Redakteur
knodt@mit-bund.de

BUNDESTAGSWAHL

So funktioniert das deutsche Wahlsystem

Am 26. September wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Was sind die Grundzüge des deutschen Wahlsystems? Warum ist der Bundestag so groß – und wann wird er endlich kleiner?

Wahlsystem

Der Deutsche Bundestag wird nach den Grundsätzen einer personalisierten Verhältniswahl gewählt. Dabei haben Wähler zwei Stimmen: Mit der Erststimme wird der Kandidat im Wahlkreis per Direktwahl gewählt. Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt. Es handelt sich also um eine Mischform aus Mehrheitswahl (der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt) und Verhältniswahl (Partei-Listen werden nach Proporz gewählt). Grundsätzlich entscheidet die Zweitstimme darüber, welche Parteien wie viele Sitze im Parlament erhalten.

Dieses System wurde mit der Bundestagswahl im Jahr 1953 eingeführt. Aus der Erfahrung mit der Weimarer Republik sollte eine Zersplitterung des Parlaments verhindert werden.

Dennoch wird den Parteien ausreichend Raum gelassen. So sind die Landeslisten der Parteien sogenannte geschlossene Listen: Die Parteien legen die Reihenfolge der Bewerber fest und die Wähler können sich keine einzelnen Kandidaten daraus herausuchen.

Wahlkreiszuteilung

Das Bundesgebiet ist derzeit in 299 Wahlkreise eingeteilt. Von 1990 bis 2002 waren es noch 326 Wahlkreise. Das Bundeswahlgesetz sieht unter anderem vor, dass die Wahlkreise aus zusammenhängenden Gebieten bestehen sollen. Wahlkreise dürfen die Grenzen der Bundesländer nicht überschreiten. Idealerweise sollen auch die Grenzen von Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten eingehalten werden.



Darüber hinaus ist im Bundeswahlgesetz geregelt, dass jeder Wahlkreis ähnlich viele Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit umfassen soll. Bei den vergangenen Wahlen waren dies im Schnitt rund 250.000 Einwohner. Nach Möglichkeit soll die Einwohnerzahl je Wahlkreis nicht mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bundesdurchschnitt abweichen. Bei einer Abweichung von mehr als 25 Prozent muss der Wahlkreis zwingend angepasst werden. Über die neue Zuteilung entscheidet der Bundestag.

Die Zahl der Wahlkreise pro Bundesland wird mit dem komplexen Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë/Schepers ermittelt. Dieses Verfahren wird auch für die Verteilung der Sitze auf die Landeslisten angewandt.

Überhangmandate

Der Zahl der Sitze im Bundestag ist regulär auf 598 festgelegt. Die eine Hälfte der Sitze wird über die gewählten Direktkandidaten in den 299 Wahlkreisen besetzt, die andere Hälfte über die Landeslisten der Parteien. Nach der Bundestagswahl 2017 zogen jedoch 709 Abgeordnete in den Bundestag ein. Der Grund dafür sind die Überhangmandate – und seit 2013 zudem die Ausgleichsmandate.

Überhangmandate kommen zustande, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erringt, als ihr dort nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Schon

bei der ersten Bundestagswahl 1949 gab es zwei Überhangmandate. Doch erst nach 1990 stieg die Zahl durch die zusätzlichen Bundesländer stärker an. Je mehr aber solche Zusatzmandate anfallen, desto mehr wird das Kräfteverhältnis im Parlament verfälscht.

Ausgleichsmandate

Problematisch ist darüber hinaus das „negative Stimmgewicht“: Die Verrechnung der Stimmen zwischen den Landeslisten konnte dazu führen, dass weniger Stimmen zu mehr Sitzen führen und umgekehrt. Deshalb erklärte das Bundesverfassungsgericht das geltende Wahlrecht 2012 für verfassungswidrig. Der Bundestag führte ein Jahr später ein neues Wahlsystem ein, wonach die Überhangmandate durch Ausgleichsmandate kompensiert werden. Erhält eine Partei Überhangmandate, dann wird die Gesamtzahl der Sitze im Bundestag solange erhöht, bis das Kräfteverhältnis der Fraktionen wieder dem Anteil der Zweitstimmen entspricht. Seitdem rückt für jeden vorzeitig ausscheidenden Überhangsabgeordneten ein neuer Abgeordneter über die Landesliste nach. Davor blieb der Sitz unbesetzt.

Durch dieses Zusammenspiel erklärt sich auch die Größe des heutigen Parlaments. 2017 gab es 46 Überhangmandate für Union und SPD. Diese wurden wiederum mit 65 Ausgleichsmandaten für die kleineren Parteien kompensiert.

Wahlrechtsreform

Um ein weiteres Anwachsen des Bundestags zu verhindern, diskutiert die Politik seit Jahren über eine Wahlrechtsreform. Da jede Änderung irgendeine Partei benachteiligen und andere bevorzugen würde, fällt eine Einigung schwer. Gegen den Willen der Opposition setzte die große Koalition im vergangenen Jahr eine kleine Korrektur durch. Bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September bleibt es zunächst bei der Zahl von 299 Wahlkreisen. Überhangmandate einer Partei sollen jedoch teilweise mit ihren Listenmandaten verrechnet werden. Beim Überschreiten der Normgröße von 598 Sitzen werden bis zu drei Überhangmandate nicht durch Ausgleichsmandate kompensiert werden. Eine echte Reform ist erst für die Wahl 2025 geplant. Dazu soll eine Reformkommission aus Wissenschaftlern, Abgeordneten und weiteren Experten eingesetzt werden, die spätestens bis zum 30. Juni 2023 ein Ergebnis vorlegen soll. Neben einer Reduzierung der Wahlkreise werden dann auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, eine Verlängerung der Wahlperiode sowie eine paritätische Besetzung der Landeslisten mit Frauen und Männern diskutiert. ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de



PRO & CONTRA

Sollten Regierungsämter vermehrt durch externe Experten besetzt werden?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Abgeordnete sollten Arbeitswelt kennen



Friedrich Merz (65) ist Präsidiumsmitglied der MIT und CDU-Bundestagskandidat im Hochsauerlandkreis. Er arbeitet als Rechtsanwalt und ist Aufsichtsratschef eines Familienunternehmens.

In den letzten Monaten war ich viel in meinem Wahlkreis unterwegs. Was ich dabei immer wieder höre, sind Sätze wie „Wissen die in Berlin eigentlich noch, dass es uns gibt und was wir hier machen?“ Viele Menschen im Land haben offensichtlich den Eindruck, dass die Berliner Politik die Themen im Alltag des Lebens nicht mehr wahrnimmt. Mehr denn je muss Politik heute erklären, worüber wir diskutieren. Die Welt wird zunehmend komplexer. Spätestens seit der Finanzkrise im Jahr 2009 leben wir im ständigen Krisenmodus. Verantwortungsvolle Politik ordnet die Herausforderungen daher zunächst ein und verliert dabei nicht den Blick auf die Entwicklungen, die sich im Gefüge zwischen Europa, den USA und Asien zeigen. Wir leben in einer Zeit grundlegender Veränderungen des politischen und wirtschaftlichen Machtgefüges auf der Welt. Die Menschen haben deshalb Anspruch darauf, dass die Politik diese Zusammenhänge erläutert und die möglichen Antworten darauf aus unserer nationalen und europäischen Sicht diskutiert.

Diese Antworten können nicht einheitlich sein. Es gibt immer unterschiedliche Sichtweisen, in einer Demokratie ist nichts und niemand alternativlos. Unsere Demokratie lebt geradezu vom

politischen Streit, nicht gegen einzelne Personen, sehr wohl aber um die Sache selbst. In diesem Prozess der Meinungsbildung helfen langjährige politische Erfahrungen ebenso wie die Sicht von außen und aus der Perspektive der Berufswelt.

Ich wünsche mir in den Parlamenten wieder mehr Austausch, auch im Wechsel zwischen politischen Ämtern und beruflicher Erfahrung. Das gilt für alle Berufe, auch und ganz besonders für Vertreter der Wirtschaft, Arbeitnehmer und Unternehmer, die die

Welt der Arbeit aus der Praxis und nicht nur aus der Theorie kennen. In unseren Parlamenten gib es keinen Mangel an Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, sehr wohl aber an authentischen Wirtschafts- und Arbeitnehmervertretern, die die Arbeitswelt kennen, und die Wirkungen der politischen Entscheidungen auf die Arbeitswelt aus eigener Erfahrung wirklich beurteilen können.

Gerade die Union muss beweisen, dass sie dieser Verantwortung gerecht wird. Armin Laschet zeigt, wie es geht: Er ist in der Lage, sehr unterschiedliche berufliche und politische Erfahrungen in seinem Team zu versammeln. Das zeigt er seit vielen Jahren in Düsseldorf, und das ist auch ein Vorbild für Berlin. ●

PRO

In der Corona-Krise bildet wissenschaftliche Expertise die Grundlage für viele politische Entscheidungen. Wäre es da nicht besser, wenn sich mehr Ärzte oder Forscher in Regierungsämtern befänden? Sollte nicht bei der politischen Ämterbesetzung generell häufiger auf einschlägige Berufserfahrung geachtet werden – oder kommt es eher auf andere Fähigkeiten an?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Politiker sind Experten für Staatsführung

Experte klingt erst einmal gut. Aber was heißt das konkret? Ärzte, Professoren, Manager oder Beamte? Auch müsste geklärt werden, wie das jeweilige Anforderungsprofil aussehen soll. Wollen wir das Gesundheitsministerium immer mit einer Ärztin oder einem Arzt besetzen, das Verteidigungsministerium mit einem ehemaligen General und das Finanzministerium mit einem Banker?

Daneben stellt sich mir die Frage nach dem Zweck einer Expertenregierung: Was wäre dadurch gewonnen? Wäre ein Kardiologe automatisch der bessere Pandemie-Manager? Oder der Gewerkschafter der bessere Arbeitsminister? Dabei ist zu berücksichtigen, dass Ministerien nicht nur für einen, sondern mehrere Bereiche zuständig sind. Kein Experte der Welt kann das gesamte Spektrum eines Ministeriums fachlich abdecken, zumal die Regelungsmaterien immer komplexer werden. Ein Investmentbanker mag ein Experte für Finanzmärkte sein. Aber kennt er sich auch im Bereich der Steuerpolitik aus?

Ich bezweifle, dass mehr externe Experten in Regierungsämtern wirklich ein Fortschritt wären. Nicht zuletzt der Blick ins Ausland – etwa nach Rom – zeigt, dass Expertenregierungen selten die in sie gesetzten Hoffnungen er-

füllen. Die Führung eines Ministeriums ist und bleibt in erster Linie eine politische Managementaufgabe. Ministern obliegt es, ihrem Haus die politischen Grundlinien vorzugeben und im Verhältnis zu Parlament, Gesellschaft und Öffentlichkeit für politische Mehrheiten zu werben. Das erfordert spezielle Fähigkeiten, vor allem ein hohes Maß an sozialer Intelligenz und Empathie, gute Rhetorik und die Gabe, widerstreitende Interessen auszugleichen. Für die nötige fachliche Expertise hingegen gibt es ausreichend Fachexperten, auf die ein Minister zurückgreifen kann. Entscheidend ist, dass diese Expertise auch genutzt wird. Gute Ministerinnen und Minister tun das.

Mehr externe Experten in Ministerämtern wären daher in meinen Augen nicht die Lösung. Regierungsämter sollten in der Regel Politikern vorbehalten bleiben. Sie sind die „Experten“ für Politik, die Kunst der Staatsführung. Zugleich würde ich mir aber wünschen, dass künftig noch mehr Praktiker den Weg in die Politik gehen, hier ihre Expertise einbringen und zunächst die nötigen politischen Erfahrungen sammeln. Beides zusammen – fachliches Wissen und politische Erfahrung – ist dann die ideale Qualifikation für höhere Staatsämter. ●

CONTRA



Michael Grosse-Brömer (60) ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Niedersachse ist Rechtsanwalt und arbeitete viele Jahre als Notar.

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben – diesmal gibt es keinen Pfeil nach oben.

Vereinfachte Vorschriften für Beihilfen

Im Juli hat die Europäische Kommission die Regeln für Beihilfen, die mit EU-Unterstützung kombiniert werden können, vereinfacht.

Zudem hat die Kommission neue Möglichkeiten zur Durchführung von Beihilfemaßnahmen für die digitale und grüne Transformation eingeführt. Konkret ermöglichen die zusätzlichen Möglichkeiten Beihilfen für den Mittelstand bei der Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, dem Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur für emissionsarme Straßenfahrzeuge, Förderungen für feste Breitbandnetze oder bestimmte transeuropäische Infrastrukturprojekte für eine bessere digitale Vernetzung.

„Fit-für-55-Paket“ ohne Mittelstand

Mit dem „Fit-für-55-Paket“ überarbeitet die Kommission einige Gesetzesvorhaben mit dem Ziel, die erhöhten Klimaambitionen der EU für die Jahre 2030 und 2050 zu erreichen.

Was als koordinierter Versuch zur besseren Rechtsetzung gewertet werden kann, lässt allerdings die Mittelstandsperspektive klar vermissen – sei es bei Fragen zu erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, dem Handel von Emissionsrechten oder strengeren Abgasnormen. Das kann für Handwerks- und Industriebetriebe hohe Folgekosten verursachen oder Mehrbelastungen nach sich ziehen, ohne sich mit dem deutschen Klimapakett kompatibel zu zeigen. Wir werden uns im weiteren Gesetzgebungsprozess klar für die KMU-Kompatibilität der einzelnen Initiativen einsetzen und weiter auf eine machbare Ausgestaltung der grünen und digitalen Transformation drängen.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Steuerzahlergedenktag

„Mittelstandsbauch ist Zumutung“

Anlässlich des Steuerzahlergedenktages hat sich die MIT gegen weitere Belastungen der Steuerzahler und für spürbare Entlastungen ausgesprochen. Die MIT setzt darauf, dass das von der Union geplante Entfesselungspaket aus Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung sehr schnell Wachstum schafft. Die so generierten Spielräume müssten für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, für ein wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht und für eine Absenkung des steil ansteigenden Steuertarifs für untere und mittlere Einkommen, den sogenannten Mittelstandsbauch, genutzt werden. „Der Mittelstandsbauch ist eine Zumutung für die hart arbeitenden Menschen. Gerade Gering- und Durchschnittsverdiener müssen mehr Netto von ihrem Brutto behalten, wenn sie am normalen Leben teilhaben und in ein Eigenheim investieren wollen“, so MIT-Chef Carsten Linnemann. Zum Entfesselungsgesetz zählen aus MIT-Sicht auch schnellere Planungsverfahren bei Bauprojekten, die Bürokratiebefreiung für Gründer in den ersten zwei Jahren sowie mehr Freiheit bei der Arbeitszeitgestaltung. Der Steuerzahlergedenktag fiel in diesem Jahr auf den 13. Juli. Er bezeichnet den Tag, bis zu dem der Durchschnittsverdiener sein Jahreseinkommen in öffentliche Kassen zahlt. Erst danach erwirtschaftet er das Geld laut Zahlen des Bundes der Steuerzahler für sich.

Flexirente

Längere Arbeit muss sich lohnen

Die von der MIT seit 2014 durchgesetzte Flexirente wirkt: Mehr als eine Million Rentner, die 67 Jahre oder älter sind, gingen im vergangenen Jahr einer Beschäftigung nach. Das zeigt, dass Arbeiten im Alter attraktiv ist und der Staat längeres Arbeiten belohnt. Die MIT spricht sich deshalb für eine weitere Besserstellung berufstätiger Rentner aus. Wer freiwillig länger arbeiten will, muss dafür auch bei der Rente belohnt werden. Deshalb muss die Flexirente weiter ausgebaut werden.

Sozialausgaben bei 30 Prozent deckeln

Die MIT spricht sich vor der Bundestagswahl abermals für eine Deckelung der Sozialausgaben aus. Die Ausgaben des Staates für Soziales sollten künftig 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. „Nur so kann es uns gelingen, den Sozialstaat auch für künftige Generationen finanzierbar zu halten“, sagt MIT-Chef Carsten Linnemann. Aktuell liegt der Anteil leicht über 30 Prozent. 2007 waren es noch 26,9 Prozent. Eine Grenze sei „ein wichtiger Beitrag für Generationengerechtigkeit“. So werde verhindert, dass jüngere Generationen mit immer neuen Lasten zu kämpfen hätten.

Ideologieministerien sind unnötig

Die Grünen wollen nach der Bundestagswahl zwei neue Ministerien schaffen: für Klima und für Einwanderung. Der Vorschlag für ein Klimaministerium mit Vetorecht zeige „einmal mehr das staatsautoritäre Denken der Grünen“, kritisiert MIT-Präsidiumsmitglied Friedrich Merz. „Gesetze werden in Deutschland im Parlament beschlossen und nicht in der Regierung.“ MIT-Mitglied und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak stellt klar: „Weder Migration noch Klimaschutz gelingen mit dem Grünen-Fetisch für Bürokratie.“ Es brauche „kein grünes Multi-Kulti-Ministerium, in dem linke Aktivisten ihre Agenda umsetzen.“ Stattdessen sollte Migration wirksam geordnet und gesteuert werden. „Und bei der Integration brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz und zum erfolgreichen Prinzip von Fördern und Fordern.“, so Ziemiak.

Bürokratieabbau

Ein zentrales Register für alle



Der Bundestag hat das von der MIT vorangetriebene Unternehmensregister beschlossen. Seit Mitte Juli ist es Gesetz. Demnach wird jedem Betrieb eine einheitliche Wirtschaftsnummer beim Statistischen Bundesamt zugeordnet. „Das Unternehmensdatenregistergesetz ist das Ergebnis mehrjähriger Mühen und überaus zu begrüßen“, freut sich MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann über das Gesetz. Er hat sich auch als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür stark gemacht. Derzeit gibt es circa 120 einzelne Register mit Unternehmensbezug. Das bedeutet: Immer und immer wieder müssen Unternehmen die gleichen Zahlen an- und eingeben. „Es gibt keinen Austausch zwischen den Registern. Das wollen wir nun ändern. Im 21. Jahrhundert sollte der Staat die Bürger und Unternehmen nicht länger als Boten benutzen“, sagt Linnemann. Das einheitliche Unternehmensregister war Teil des Leitbeschlusses der MIT zum Bundesmittelstandtag 2019.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... der Mittelstand ein ‚Innovation Backbone‘ ist, das den europäischen Wohlstand sichert.“



Dr. Tanja Bendele

Patentanwältin,
MIT Essen

... ich ihre marktwirtschaftlichen Überzeugungen teile, mich bei den anstehenden Herausforderungen engagiert einbringen möchte und dadurch die MIT auch innerhalb der CDU stärken möchte.“



Marcel Friedrich

Jura-Student,
MIT Mettmann

... weil die mittelständischen Unternehmen eine starke politische Stimme brauchen, denn sie bringen unser Land mit Innovationskraft voran und machen die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aus.“



Diana Stöcker

Bürgermeisterin,
MIT Lörrach

Neumitglieder

Tanja Bendele (51) ist Patentanwältin und Diplom-Chemikerin. Nach ihrer Promotion in Chemie mit Schwerpunkten in organischer Festkörperchemie sowie in Verfahrens- und Reaktortechnik baute sie die damals noch junge Patentabteilung eines international tätigen Generika-Unternehmens mit Sitz in Ulm auf. Dort war sie unter anderem für die Vermeidung der Verletzung kritischer Patente sowie für die internationale Strategieplanung zur Durchführung von Einspruchs- und Nichtigkeitsverfahren verantwortlich. 2006 gründete sie eine Patentanwaltskanzlei für den gewerblichen Rechtsschutz mit Büros in Essen, München, Düsseldorf und Warstein. Seit diesem Jahr studiert Bendele zudem Elektrotechnik im Master. Daneben engagiert sie sich in verschiedenen juristischen Verbänden und Kammern sowie im Rotary Club.

Marcel Friedrich (20) studiert Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Unternehmensrecht an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Den besonderen Reiz an der Kombination zwischen Jura und Wirtschaft sieht er in dem dynamischen, auf neue Herausforderungen zugeschnittenen Rechtsrahmen, besonders im Bereich der neu aufkommenden Rechtsfragen durch Künstliche Intelligenz. Für ihn ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen und unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen. Die Politik sollte aber nicht dem Drang nach Überregulierung erliegen und damit vom Grundsatz der Eigenverantwortung der Bürger abrücken. Seit 2017 ist Friedrich Mitglied der JU sowie der CDU, für die er seit der Kommunalwahl 2020 als sachkundiger Bürger im Sport- und Kulturausschuss seiner Heimatstadt Velbert sitzt.

Diana Stöcker (51) ist seit sechs Jahren Bürgermeisterin der Kreisstadt Rheinfelden. Dort ist sie zuständig für Soziales, Kultur, Öffentliche Ordnung und Bürgerdienste. Bei der Bundestagswahl im September kandidiert sie als Direktkandidatin der CDU im Wahlkreis Lörrach-Müllheim. Von 1999 bis 2015 war sie Geschäftsführerin des Innocel Innovations-Center der Stadt Lörrach. Sie begleitete Unternehmen in die Selbstständigkeit und leitete Projekte wie den Aufbau eines Schülerforschungszentrums. Zuvor war sie vier Jahre bei einem Energieversorger tätig. Stöcker studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Humangeographie. Sie engagiert sich zudem im Kreistag Lörrach als sozialpolitische Sprecherin der CDU, als Vize-Präsidentin des Districtsrates des Trinationalen Eurodistricts Basel und in verschiedenen Aufsichtsräten.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.07.2021)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.05.2021 – 31.07.2021)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.05.2021 – 31.07.2021)

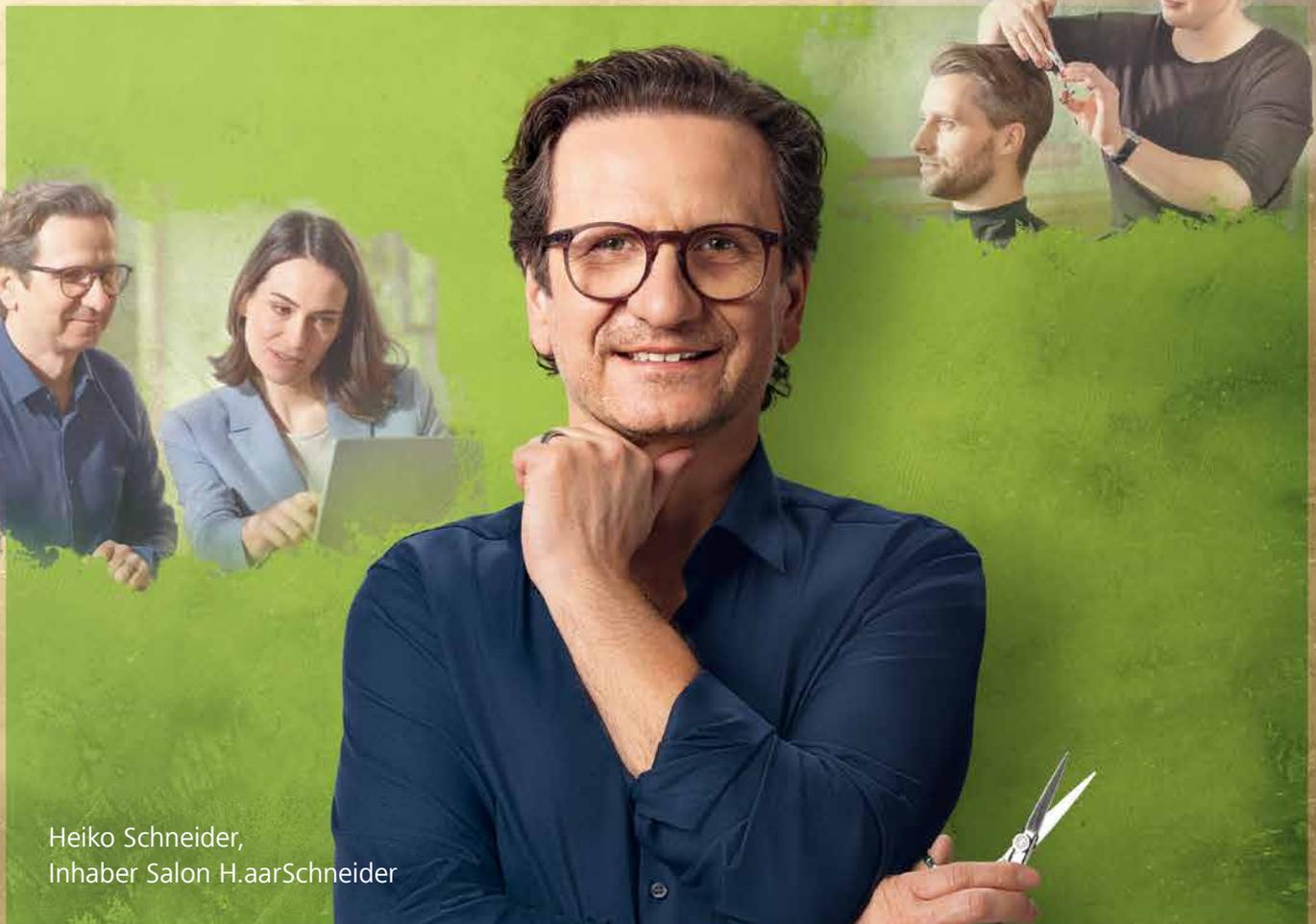


ICH BESCHÄFTIGE 40 MITARBEITER.

DA MUSS DIE LOHNBUCHHALTUNG

SCHNELL UND DIGITAL LAUFEN.

Der Salon H.aarSchneider setzt mit innovativen Konzepten neue Maßstäbe beim Kundenerlebnis. Dank der Unterstützung seiner Steuerberatung und den intelligenten Lösungen von DATEV sind alle Abläufe rund um die Lohnbuchhaltung und das Personalwesen schnell und digital. So entsteht Freiraum für das Wesentliche: voll und ganz für den Kunden da zu sein.



Heiko Schneider,
Inhaber Salon H.aarSchneider

**Wichtige Tipps und Infos für
Unternehmen zur Corona-Krise**

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.